

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 262 · 22. JAHRGANG · AUSGABE 11/2016 VOM 1. NOVEMBER 2016 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

- 3 | **Keine Ärzte, mehr Verkaufsfläche, häßlicher Anblick**
Veränderungen beim Westend-Center
- 6 | **Streit um den Bau eines neuen Rathauses in Bernau**
Kontroverse Meinungen
- 12 | **Zukunftsperspektiven für Oderberg**
Qualifikation und Integration

Innovationen in der Kommunalpolitik:

»Beim Denken zuschauen«

Eberswalde (bbp). Wie einer kurzen Information der städtischen Pressestelle zu entnehmen war, gab es am 26. Oktober im Bildungsbürgerzentrum Amadeu Antonio eine »Denk- und Diskussionsrunde zu Begrifflichkeiten den Unternehmenszweck der WHG betreffend«. Dazu waren neben namentlich geladenen Gästen auch »interessierte Einwohner herzlich eingeladen, als Zuschauer daran teilzunehmen«.

Namentlich eingeladen hatte Bürgermeister Friedhelm Boginski im wesentlichen die Stadtverordneten, die letztlich über den Unternehmenszweck städtischer Gesellschaften zu entscheiden haben. Aufgrund des privaten Charakters der Veranstaltung folgten nur 8 Stadtverordnete seiner Einladung und drei Mitglieder des WHG-Aufsichtsrates, davon zwei in Personalunion. CDU und FDP waren nicht vertreten.

Anlaß war eine Anfrage von SPD, Linken und Bündnisgrünen, die vom Bürgermeister nähere Erläuterungen zu Begriffen im Gesellschaf-

tervertrag haben wollten, wie »breite Schichten der Bevölkerung« und »sozial vertretbare Mieten« (BBP 7/2016). Nun hatten sie Gelegenheit, ihre Fragen selber zu beantworten. Weil nur 4 Einwohner beim Denken zuschauen wollten, durften schließlich sogar sie in den beiden Workshops mitdiskutieren. Kritik gab es dort insbesondere zur Praxis der WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft, erhebliche Mittel in sogenannte höherwertige Mietwohnungen zu konzentrieren. Die erhofften Zielmieten können – wie bei den »Michaelisgärten« – nicht realisiert werden. Verluste sind die Folge, welche die übrigen Bereiche mit »Normalmieten« belasten (vgl. BBP 10/2016). Bestimmter wurden die »unbestimmten Rechtsbegriffe« auch beim darüber nachdenken und diskutieren nicht. Man kam überein, daß die gegenwärtigen Formulierungen ausreichend klarstellen, daß die WHG den Regeln einer gemeinnützigen Wohnungswirtschaft verpflichtet ist und bleibt. (Seite 4)



Lastenrad im Selbstbau

Am Wochenende vom 25. bis 27. November findet im Werkstattraum der Havellandstraße 15 des Hebewerk e.V. ein Workshop zum Bau eines Lastenrades statt. Es wird auf jeden Fall mindestens ein XYZ CARGO TRIKE mit Elektroantrieb gebaut.

TILL WOLFER, einer der Erfinder des XYZ- Systems und unser Referent, reist aus Hamburg an. Unterstützung erhalten wir auch von einer kleinen Gruppe Berliner. An den Rädern gebaut wird an den drei Tagen jeweils von 9.30 bis 18.30 Uhr.

Wir wollen möglichst vielen Interessenten die Teilnahme ermöglichen. Damit es allen Freude bereitet und alle etwas zu tun haben, wollen wir möglichst zwei Lastenräder bauen – eins mit E-Antrieb wird es auf jeden Fall werden. Damit wir zwei Räder bauen können, muß trotz der Förderung, die wir bereits bekommen haben, noch ein Beitrag in Form einer Teilnahmegebühr für das zweite Bike zusammengesammelt werden. Darin wird aber auch ein leckeres Catering mit inbegriffen sein. Die Organisatoren dieses Workshops beteiligen sich übrigens ebenfalls an den Kosten (je 50 €).

Wir haben schon einige Anfragen bekommen und hoffen, daß wir das zweite Bike finanziert bekommen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Es gibt aber eine Nachrücker-Liste falls nicht alle, die angefragt haben, konkret zusagen. Bei Interesse meldet euch bitte zeitnah an (fabian@hebewerk-eberswalde.de).

Nach dem Workshop habt ihr die Möglichkeit unsere offene Werkstatt zum Bau eures eigenen Lastenrades zu nutzen. Der Workshop wird veranstaltet von der Barnimer TransitionTown Initiative WandelBar und dem Hebewerk e.V.

Bei diesem Workshop bekommt ihr auch einen Einblick in die vielen weitere Gruppen und Projekte der Havellandstraße 15. Neue Erfahrungen, Ideen und Synergien sind nicht ausgeschlossen sondern explizit erwünscht.

FABIAN WULF

Grüner Direktkandidat

Die Bundestagswahl 2017 rückt näher – auf ihrer Wahlkreisversammlung am 11. Oktober haben die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis 59 (Märkisch-Oderland/Niederbarnim) den 46-jährigen JAN SOMMER



zum Direktkandidaten für die kommende Bundestagswahl gewählt. Er erhielt über 85 Prozent der Stimmen. Sommer ist Mitglied des Kreistags Märkisch-Oderland und dort Mitglied im Ausschuß für Landwirtschaft. Der studierte Agrarwissenschaftler ist seit 2007 als selbständiger Forstunternehmer tätig. Gemeinsam mit Carmen Becker gründete er 2009 in Müncheberg-Dahmsdorf einen ökologischen Bauernhof.

Zu den Schwerpunktthemen von Jan Sommer gehören ökologische Landwirtschaft, gesundes Essen und die nachhaltige ländliche Entwicklung. »In unserem eigenen Betrieb zeigen wir, daß die Agrarwende weg von der industriellen Massenproduktion, hin zu einer modernen ökologischen Landwirtschaft gelingen kann. Wir benötigen dringend ein Umdenken im Sinne Klasse statt Masse gepaart mit fairen Preisen und Löhnen für die Menschen, die unsere Lebensmittel erzeugen«, so Sommer.

Als Bündnisgrüner möchte er sich im Bundestag für eine regional ausgerichtete, gentechnikfreie, umweltverträgliche und ökologische Landwirtschaft und die damit verbundene Wertschöpfung in den ländlichen Regionen einsetzen.

Neben Landwirtschaft und Ernährung gehört auch die Entwicklung der ländlichen Regionen zu den Herzenthemen von Jan Sommer. »Vor dem Hintergrund des Demographischen Wandels müssen wir aufpassen, daß die ländlichen Regionen jenseits von Städten und Speckgürtel nicht noch weiter ausdünnen. Das Leben auf dem Lande attraktiv für junge Familien zu machen, die hier gut leben und arbeiten können, das ist der Schlüssel, um die Dörfer und Gemeinden nach vorne zu bringen. Für uns Bündnisgrüne gilt ganz klar: Es lebe das Dorf!«

Der Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende MICHAEL JUNGCLAUS freute sich über Wahl von Jan Sommer: »Die letzten Wahlen haben gezeigt, daß es wichtig ist, vor Ort grüne Präsenz zu zeigen. Mit Jan haben wir einen Kandidaten, der eine breite Themenpalette abdeckt und authentisch im ländlichen Raum bündnisgrüne Politik vertreten kann. Der gesamte Kreisverband wird Jan mit voller Kraft unterstützen - ich bin zuversichtlich, daß wir mit Jan das Ergebnis der letzten Wahlen verbessern werden.«

SEBASTIAN KOEPPEN, Kreisgeschäftsführer Bündnis 90/Die Grünen Märkisch-Oderland

»Demokratie leben!« im Barnim

Auf ihrem Treffen am 9. Oktober in Eberswalde haben die Jusos Barnim einen entsprechenden Antrag an die SPD formuliert, der die SPD Kreisfraktion dazu auffordert, das Förderprogramm »Demokratie leben!« auch im Barnim einzuführen. Dafür sollen sie den nötigen kommunalen Eigenanteil in Höhe von 5.000 Euro noch für den Kreishaushalt 2017 beantragen.

Das Bundesförderprogramm »Demokratie leben!« stellt Kommunen seit 2015 pro Jahr bis zu 80.000 Euro (inklusive 5000 Euro Eigenanteil) für die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten zur Verfügung. Förderfähig sind dabei Maßnahmen, die zur Extremismusbekämpfung, zur Integration von Geflüchteten und zur Stärkung des Ehrenamts beitragen.

Bis zum Jahr 2014 existierten im Landkreis die Vorgängerprogramme »Vielfalt tut gut« und

»Toleranz fördern – Kompetenz stärken«. Durch diese Programme konnten zahlreiche Initiativen und Projekte im Landkreis finanziell unterstützt werden.

Trotzdem wurde das Bundesprogramm im Barnim nicht weitergeführt. Da durch das von Manuela Schwesig geführte Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Aufstockung des Programms angekündigt wurde, besteht jetzt die Möglichkeit, hier erneut in die Förderung einzusteigen. Der Landkreis Barnim ist mit stärkeren Herausforderungen in Sachen Rechtsextremismus und Integration von Geflüchteten konfrontiert als noch vor zwei Jahren. Deshalb muß es aus unserer Sicht wieder ein Förderprogramm geben.

RICA ELLER, FLORIAN GÖRNER und STEFAN SCHMIEDEL (Jusos Barnim)

Kitaplätze in Eberswalde:

Ungebremster Bedarf

Eberswalde (bbp). Die neue Waldorf-Kita »Morgenglanz« in der Biesenthaler Straße in Finow wird bei den Eltern in Eberswalde sehr gut angenommen. »Wir können aktuell einen irrsinnigen Ansturm auf unsere Kita feststellen«, sagt LUCIA-MARIA MASINI vom Trägerverein. »So viele Plätze können wir derzeit gar nicht vergeben. Wir müssen nun erstmal unser pädagogisches Team erweitern, bevor wir mehr Kinder aufnehmen können. Aktuell sind wir bei 26 Kindern und haben für die restlichen 13 Plätze eine sehr lange Warteliste. Unglaublich viele Eltern rufen auch jetzt noch in diesen Monaten nach dem Sommer bei uns an und sind ganz verzweifelt auf der Suche nach einem Kitaplatz.« Die Stadt könne keine Plätze mehr anbieten – heißt es dabei immer. Die Eltern sollten sich an die freien Träger wenden. So manche junge Mutter kann mangels Kitaplatz keine Arbeit aufnehmen.

Die städtische Amtsleiterin für Jugend, Bildung und Sport KERSTIN LADEWIG informierte Anfang Oktober darüber, daß in den Kitas mit städtischer Trägerschaft 1.464 Kinder betreut würden. Weitere 64 Kinder werden am 1. November aufgenommen. Das ist zusammen eine Steigerung um 90 Kindern gegenüber dem Vorjahr. Zugleich informierte die Amtsleiterin jedoch darüber, daß in der Stadt noch 235 Anträge offen seien, davon 155 von Flüchtlingsfamilien.

Liest man die dazu verteilte Aufstellung zu den Kitaplätzen in Eberswalde, kann man darüber nur staunen. Denn nach dieser Aufstellung sind fast 350 Kitaplätze unbesetzt. Allerdings wird in der Aufstellung nicht zwischen Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen differenziert. Zudem sind bereits Platzerweiterungen ausgewiesen, die noch im Genehmigungsverfahren sind oder kürzlich noch waren. Die Fraktion Alternatives Wählerbündnis will deshalb demnächst detailliert nachfragen.

In eigener Sache:

Vertrieb neu organisiert

Unser Vertriebspartner, die »Märkische Post«, hat zum 31. Oktober seine Tätigkeit eingestellt. Der freie Markt stellt das Monopol wieder her, was zu erwarten war. Die Billig-Preise waren eine zeitweilige Begleiterscheinung. Der einst stolze und »staatstragende« Briefträger wurde indes dauerhaft zum Billiglöhner. Eine Kritik am Billiglohn, veröffentlicht in der »Barnimer Bürgerpost«, veranlaßte den jetzt überlebenden Briefpostdienst CityBriefBote vor zweieinhalb Jahren, die Geschäftsbeziehungen zu uns abrupt abzubrechen. Die Rückkehr zu solch einem unseriösen und unzuverlässigen Geschäftspartner verbietet sich von selbst.

Am 27. Oktober beriet der Vereinsvorstand in erweiterter Runde, wie die »Barnimer Bürgerpost« mit der veränderten Situation umgeht. Fazit der vorgebrachten Ideen und Vorschläge ist, daß wir uns wieder mehr auf unseren Anspruch besinnen, »unabhängige Leserzeitung« zu sein. Wir wollen also künftig auch den »outsourceten« Teil des Vertriebs wieder verstärkt in eigener Regie organisieren.

Der Anfang wurde gemacht. Weitere Helfer sind gern gesehen.

Unsere freiwilligen Bürgerpostverteiler haben nicht zuletzt auch gute Chancen, für die »Barnimer Bürgerpost« neue Leserinnen und Leser zu gewinnen.

Im Zusammenhang mit den Umstrukturierungen im Vertrieb, ändern sich für einen Teil unserer Abonnenten die Vertriebsnummern, das sind die ersten vier Stellen der Abo-Nummer. Die zweiten vier Stellen bleiben unverändert. Diese sind dem jeweiligen Abo fest zugeordnet. Bei eventuellen Zustellungsproblemen in Folge der Umstrukturierung wenden Sie sich bitte an die BBP-Redaktion (Kontakt siehe Impressum).

GERD MARKMANN, Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

StVV beschließt Änderungen zum »Westend-Center«:

Keine Ärzte, mehr Verkaufsfläche, häßlicher Anblick

Eberswalde (bbp). Die Eberswalder Stadtverordneten befaßten sich auf ihrer Sitzung am 27. Oktober unter anderem mit der 1. Änderung des Durchführungsvertrages vom Bebauungsplan Nr. 406 »Westend-Center«. Notwendig wurde diese Änderung, weil der Vorhabenträger, die VSP Grundbesitz 4 GmbH aus Hildesheim ihre Verpflichtung zur Errichtung eines Sanitätshauses mit Sanitäts-Fachhandel, Apotheke und Arztpraxen in den beiden Obergeschossen nicht erfüllen konnte.

Das »sehr intensive Bemühen zur Gewinnung von Ärzten mit ihren Praxen als Mieter« blieb ohne Erfolg. Daraufhin hatten »auch die Apotheke und der Sanitäts-Fachhandel keinerlei Interesse mehr an einer Anmietung«. Die VSP ersann daraufhin ein neues Nutzungskonzept. Neben dem Frisiersalon, der vormals im »Heidewald« im Brandenburgischen Viertel ansässig war, und einem Kosmetikstudio soll nun im Erdgeschoß eine gastronomische Nutzung erfolgen. In den Obergeschossen sollen eine Einrichtung der Gesundheits- und Krankenpflege und eine Verwaltung Häuslicher Pflege einziehen.

Im Zusammenhang mit der Nutzungsänderung wird ein Teil des 2. Obergeschosses nur noch als Dachterrasse gebaut. Dadurch verringert sich die Gesamtfläche des »Handels- und Dienstleistungsgebäudes« um 165 m² auf 916 m². Zugleich steigt aber die »rechnerische« Verkaufsfläche um 45 m² auf 320 m².

Ganz nebenbei wurden weitere Änderungen beschlossen. So erhöht sich die Verkaufsfläche des bereits eröffneten REWE-Verbrauchermarkts mit Backshop und Lotto-/Zeitschriftenladen gegenüber dem ursprünglichen Plan um 62 m² auf nunmehr 1792 m².



Foto: JÜRGEN GRANZOW

Die Gesamtfläche des Verbrauchermarkts beträgt nun 2.556 m², das sind 92 m² mehr als einst beantragt. Neben veränderten Werbeflächen – statt der Fassade zum Parkplatz, soll nunmehr die ähnlich wie beim Netto-Neubau in Finow völlig gesichtslos gestaltete Fassade zur Heegermühler Straße mit REWE-Eigenwerbung »verschönt« werden. Außerdem ergab sich »aus der technischen Detailplanung« die »Notwendigkeit der Aufstellung von Kühlgeräten an der Rückseite des REWE-Gebäudes« – nicht etwa im hinteren Bereich, wo als Ausgleichsmaßnahme ein kleines Wäldchen angepflanzt wird, sondern direkt an der Heegermühler Straße (Foto).

Gravierende Änderungen gibt es im Nachgang zum Bau des Westend-Centers auch in der Verkehrsführung der Heegermühler Straße.

Bereits zur Markteröffnung mußte der verdutzte Autofahrer feststellen, daß von den bisher zwei Fahrspuren in Richtung Finow eine ersatzlos zur Linksabbiegerspur umgewidmet wurde.

Inzwischen wurden weitergehende Pläne publik und realisiert, die sich die Stadtverwaltung mit dem Landesstraßenamt in einer »Gemeinschaftsinitiative« ausgedacht haben. Dadurch entfällt die zweite Fahrspur in der Heegermühlerstraße zwischen Kupferhammerweg und Boldstraße in beiden Richtungen generell.

Begründet wird das mit der Einrichtung von Fahrradschutzstreifen auf der Fahrbahn. Kritiker sehen indes hierin eine Maßnahme, um auf der Hauptverkehrsstraße in Eberswalde die Durchlässigkeit für den Autoverkehr zu behindern, um damit Argumente für die sogenannte »Umgehungsstraße« B167-neu zu schaffen.

Novelle des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes:

Verschlechterung für Beschäftigte

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat an den brandenburgischen Ministerpräsidenten Woidke geschrieben und eindeutig mitgeteilt, daß die Gewerkschaft den vorliegenden Gesetzentwurf zum Ladenöffnungsgesetz kategorisch ablehnt. Der Entwurf würde eine Erweiterung der bisherigen sechs Öffnungssontage aus besonderem Anlaß je Gemeindegebiet auf bis zu zehn Sonn- und Feiertage zulassen.

Aufgrund des verfassungsrechtlichen Gebots der Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen spricht sich ver.di grundsätzlich gegen Sonn- bzw. Feiertagsarbeit aus. Viele Jahre hat ver.di einem Prozeß Zeit gegeben, in dem das geltende Ladenöffnungsrecht durch die Städte und Gemeinden nach Buchstaben und Geist erlernt und durchgesetzt werden sollte. Dieser Prozeß scheiterte letztlich daran, daß die kommunalen Verantwortlichen nicht ausreichend bereit waren, das Sonntagsarbeitsverbot zu respektieren und die Verordnungen entspre-

chend der Rechtslage abzufassen und durchzusetzen. Vielmehr wurde immer deutlicher, daß kommerziellen Interessen in den Verwaltungen der Vorrang gegeben wurde. Gestoppt wurde dieses Handeln erst durch die erfolgreiche Klage von ver.di beim Oberlandesgericht Berlin-Brandenburg. Die gesetzliche Initiative zu Verschlechterungen beim Ladenöffnungsgesetz verstehen wir als Versuch, die hergestellte Rechtslage zu revidieren, die den Schutz der Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen in den Mittelpunkt stellt. ver.di wird sowohl die neue gesetzliche Regelung, sofern sie so verabschiedet wird, als auch die darauf fußenden einzelnen Verordnungen der Städte und Gemeinden auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen. Mit Blick auf Verfahren in anderen Bundesländern, zuletzt in Erfurt, sieht ver.di den dann folgenden Prozessen vor den Verwaltungsgerichten sehr optimistisch entgegen.

ERIKA RITTER, ver.di-Fachbereich Handel

Fortbildungen zum Asylrecht

Eberswalde (bbp). Auf vielfachen Wunsch hat CARSTEN LANGE, Beauftragter für die Arbeit mit Geflüchteten im Evangelischen Kirchenkreis Barnim, die folgenden Fortbildungen organisiert. Um »Asylrecht für Einsteiger« geht es am Donnerstag, den 3. November. Als Referentin wurde CHRISTIANE SCHULZ vom Verein Esta Neuruppin e.V. und Pfarrerin der Flüchtlingskirche im Sprengel Potsdam gewonnen. Am 12. Januar folgt dann eine Veranstaltung mit Dr. ANDREAS GOETZE zum Thema »Asylrecht an der Grenze? Oder der Umgang mit dem Islam«. Dr. Goetze ist Pfarrer im Berliner Missionswerk und Islam-Experte.

Beide Veranstaltungen finden im »Grünen Salon« auf dem Gelände des Kirchlichen Verwaltungsamtes in der Eisenbahnstraße 84 in Eberswalde statt. Sie beginnen jeweils 14 Uhr und dauern drei Stunden. Die Teilnahme ist kostenlos. Aufgrund der beschränkten Kapazitäten ist eine formlose Anmeldung nötig (carsten.lange@kirche-barnim.de, Tel. 0178 1632 565, Fax: 030 577 051 269).

Fragen zum Citymanager

Eberswalde (bbp). Mehrere Versuche, ein Citymanagement zu installieren, sind in Eberswalde bisher gescheitert. Die fraktionslose Stadtverordnete Dr. ILONA PISCHEL stellte unlängst die Frage nach dem Warum.

Dies könne »nicht eindeutig beantwortet werden«, ließ der städtische Amtsleiter für Wirtschaftsförderung und Tourismus Dr. JAN KÖNIG wissen. Die bisherigen Versuche wurden jeweils durch Fördermittel finanziert. Eine Fortsetzung hätte die finanzielle Beteiligung des Einzelhandels erfordert, was sich als »eine große Herausforderung« entpuppte. Verweigern einige Händler eine Beteiligung, »steigen die Kosten für die sich beteiligenden Firmen, aber die Innenstadt insgesamt und damit alle haben einen Nutzen«. Dieses »Freifahrerverhalten einiger Händler« war aber nur einer der Gründe für das Scheitern eines »verstetigten Citymanagements«. Vielmehr gab es innerhalb der Händlerschaft auch verschiedene Auffassungen »über die Themen und Arbeitsschwerpunkte sowie Verantwortlichkeiten«.

Dr. König stellte klar, daß seitens der Stadtverwaltung in den Haushaltsjahren 2017/18 keine Stelle für ein Citymanagement vorgesehen sei. »Durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung kann eine Anpassung des Stellenplans bezüglich der Schaffung eines Citymanagements jedoch erfolgen. Ausschreibung und externe Vergabe eines Citymanagements durch die Verwaltung, als weitere Möglichkeit, wären ebenso denkbar.« Alternativ dazu hält der Amtsleiter auch eine finanzielle Beteiligung der Stadt möglich, wenn die Händler ein Citymanagement organisieren oder »die Aufrechterhaltung der bisherigen Zusammenarbeit inkl. Der projektbezogenen finanziellen Unterstützung«.

Ein Citymanagement wäre ein zentraler Ansprechpartner für die Händlerschaft in der Innenstadt, meint Dr. König zur Frage, welche Gründe gegebenenfalls dagegen sprechen. »Diese Anlaufstelle könnte für die Händler entlastend wirken und einige der bisher durch die Händler erbrachten Leistungen (z.B. Organisation des Mitternachtssopping) übernehmen und neue Ideen zur Innenstadtlebung insgesamt entwickeln. Andere Stadtteile, insbesondere Finow, würden jedoch nicht in den Genuß dieser Exklusivität kommen und könnten sich daher benachteiligt fühlen.« Mit der Schaffung einer Stelle allein ist es zudem nicht getan. Es brauche auch Mittel zur Umsetzung möglicher Maßnahmen. Damit würde die zusätzliche Personalstelle den Stadthaushalt mit geschätzten 70 T€ pro Jahr belasten, davon 50 T€ Personalkosten und 20 T€ Budget. »Sowohl die Erweiterung des Stellenplans als auch die Vergabe durch die Verwaltung sind erst dann zielführend, wenn ein durch und mit der Händlerschaft und anderen Akteuren abgestimmtes Aufgaben- und Tätigkeitsprofil erarbeitet wird.« Sollten die genannten Alternativen nicht zum Tragen kommen, schrieb Dr. König in seiner Antwort an Dr. Pischel abschließend, »so wird die bestehende Zusammenarbeit wie bisher projektbezogen weitergeführt«.

Fintenreicher Bürgermeister

Grundsatzfragen der WHG als Gegenstand einer Privatveranstaltung

An der Öffentlichkeit vorbei und begleitet vom Desinteresse der Stadtverordneten hat sich Bürgermeister Friedhelm Boginski ein lästiges Problem vom Halse geschafft. In einer »Denk- und Diskussionsrunde« ging es um eine Anfrage dreier Stadtfractionen, die grundsätzliche Fragen zum Gesellschaftervertrag der städtischen WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH aufgeworfen hatte, nämlich Fragen des Zweckes der Gesellschaft.

Dabei geht es vor allem um die Begriffe »breite Schichten der Bevölkerung« und »sozial vertretbare Mieten«. Anlaß der Anfrage war die Charakterisierung dieser Formulierungen seitens der Verwaltung als »unbestimmte Rechtsbegriffe«, die für daran geknüpfte Erwartungen keine Grundlage bilden könnten. Solche Erwartungen gab es in der Vergangenheit wiederholt. Beispielsweise zur Möglichkeit alternativer Heizungslösungen ohne Fernwärme von der EWE, wegen zuviel bestellter Heizleistungen zum Nachteil der Mieter, zur treuhänderischen Pflicht der WHG hinsichtlich minimaler Betriebskosten, zu fragwürdigen Investitionen der WHG für Maßnahmen des Städtebaus und der Infrastruktur.

Wenn es um die Ziele und Aufgaben der WHG geht, so ist der Gesellschafter der WHG gefragt. Die Stadt Eberswalde ist der Alleingesellschafter und laut Kommunalverfassung der Bürgermeister ihr einziger Vertreter in der Gesellschafterversammlung. Zugleich führt der Bürgermeister den Vorsitz im Aufsichtsrat. Er beruft auch den Geschäftsführer der WHG. Nichts geht an ihm vorbei. Aber von einer Positionierung des Bürgermeisters ist nichts bekannt. Stets wurde der »externe Sachverstand« bemüht oder auf den Entscheidungsspielraum des Geschäftsführers verwiesen. Man durfte gespannt sein, was dem Bürgermeister diesmal einfallen würde.

Da der Inhalt der Abgeordnetenfrage auf die Arbeit der WHG abzielt, und damit viele Bürger betroffen sind (25 % der Mietwohnungen gehören der WHG), könnte eine öffentliche Debatte hierüber große Kreise ziehen. Aber eben das möchte der Bürgermeister nicht.

Mit der Ausgrenzung der Öffentlichkeit gibt es in Eberswalde reichlich Erfahrungen. Praktiziert wurden unzulässige »nichtöffentliche Sitzungen«, »Klausurberatungen«, »Vorberatungen«, »Informationsveranstaltungen« und »Workshops«, zu denen die Öffentlichkeit nicht informiert und zugelassen wurde. Solche Formen wurden wiederholt rechtlich mit mehr oder weniger großem Erfolg angefochten.

Diesmal die Neuschöpfung: »Denk- und Diskussionsveranstaltung«! Eingeladen wurden die Stadtverordneten und sachkundigen Einwohner. Eine öffentliche Bekanntmachung erfolgte nicht. Auf Nachfrage wurde zunächst erklärt, die Veranstaltung sei nicht öffentlich. Nach Infragestellung der Nichtöffentlichkeit wurde dann erklärt, es handle sich um eine Privatveranstaltung, aber »Zuschauer« könnten teilnehmen. Über diese Privatveranstaltung wurde dann auch auf der Homepage der Stadt infor-

miert. Angesichts von vier tatsächlich erschienen Bürgern wurde diesen zu Beginn der Veranstaltung eingeräumt, an den Diskussionen in den Workshops teilzunehmen.

Teil 2 der Verhinderungsstrategie für eine dem Gegenstand angemessene Diskussion war die Wahl der externen Redebeiträge und Diskussteilnehmer. Der Moderator Prof. Dr. KLAUS-DIETER HILLEBRANDT war als Vertreter des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) privatwirtschaftlich vorbelastet, ebenso wie der Redner zu wirtschaftlichen Voraussetzungen und Situation kommunaler Wohnungsunternehmen, der BBU-Geschäftsstellenleiter Dr. WOLFGANG SCHÖNFELDER, sowie HANS-JÜRGEN ADAM, der Geschäftsführer der WHG, die gleichfalls Mitglied im BBU ist.

Da haben Fragen nach der Geltung des Kommunalrechts in kommunalen GmbH, nach Gemeinnützigkeit, Transparenz und Mitbestimmung keinen Platz. Entsprechend mager waren auch die Diskussionsbeiträge der Diskutanten, die zwar die Berechtigung der in Zweifel gezogenen Gesellschaftszwecke bestätigten, aber auch nicht zu höherer Rechtssicherheit beitragen konnten.

»Gut, daß wir darüber diskutiert haben. Die nachgefragten Satzungsbestimmungen wurden in den Workshops für notwendig gehalten. Damit schließe ich die Sitzung.« So in etwa faßte der Bürgermeister das Ergebnis der Privatveranstaltung zusammen. Soll wohl heißen: alles bleibt beim Alten. In der Stadtverordnetenversammlung am folgenden Tag war eigentlich die Antwort an die fragstellenden Fraktionen fällig, wurde aber nicht gegeben. Gut Ding will Weile haben. Fürs erste ist die leidige Angelegenheit vom Tisch.

Die »Privatveranstaltung« hat dem Bürgermeister gezeigt, daß in der Sache von den Stadtverordneten kein Widerstand zu erwarten ist. Zudem ist eine »Privatveranstaltung« kommunalrechtlich schwer angreifbar.

ALBRECHT TRILLER

Dokumentarfilm im Heidekrug

Am Freitag, dem 4. November, um 19.30 Uhr zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. den Dokumentarfilm »Landstück« von Volker Koepp. Der Regisseur wird anwesend sein. Der Eintritt beträgt 6 Euro.

GISBERT AMM

Einzelheiten unter <http://heidekrug.org/kulturhaus-programm/kino:2/dokumentarfilmvonvolkerkoepp-landstueck:252/>. Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal

Abgeordnetenverarsche im großen Stil, Dezernenten-Mobbing oder *Nur Sturm im Wasserglas?*

FinE-Budget 2016 soll angeblich doch eingehalten worden sein.

Eberswalde (bbp). Der zuständige Dezernent für Kultur und Soziales BELLAY GATZLAFF reagierte auf die überraschende Kostenexplosion beim »Stadtfest in Eberswalde« (FinE) mit Transparenz und einem 6-Punkte-Plan. Am 29. September hatte er seinen Plan den Stadtverordneten vorgestellt. Damit will der Dezernent insbesondere Vorkehrungen treffen, um im nächsten Jahr ähnliche Vorkommnisse zu verhindern.

Dazu gehört, daß das Kulturrat spätestens am 1. Dezember 2016 seine Plankalkulation für FinE 2017 mit Budgethöhe, bereits beauftragte oder beabsichtigte Leistungen sowie dem freien Restbudget vorlegt. Dies soll sodann wöchentlich aktualisiert werden. Um die »volle Transparenz« auch gegenüber den Stadtverordneten zu gewährleisten, wird die Kalkulation im Februar 2017 und danach folgend jeden Monat aktualisiert, im Ausschuß für Kultur, Sport und Integration vorgestellt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kulturrats wurden zudem nochmal zur Einhaltung der Rechtsvorschriften und der Beschlüsse der StVV und ihrer Ausschüsse aufgefordert »unter Ankündigung von Sanktionen bei Nichtbefolgung«. Schließlich bat der Dezernent das Personalmanagement im Dezernat 1 »um dringende Besetzung der freien Stelle im Kulturrat« mit einer kompetenten Verwaltungsfachkraft. Im sechsten Punkt informiert Gatzlaff, daß »gegen die für die Budgetüberschreitung FinE 2016 verantwortliche Person ... arbeitsrechtliche Maßnahmen beim Personalmanagement beantragt« wurden.

Parallel wurde auch Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI aktiv. Er beauftragte das Rechnungsprüfungsamt, die Stadtfest-Ausgaben zu prüfen. Das Ergebnis liegt mittlerweile vor. Allerdings blieb die Öffentlichkeit hier außen vor.

Zukunftsdialog in Buckow

Buckow (bbp). In Buckow kamen Mitte Oktober Menschen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, zu einem Zukunftsdialog zusammen. In dem kleinen Ort zwischen Lichterfelde und Altenhof sind bei der dort ansässigen BILDUNGSEINRICHTUNG BUCKOW E.V. zahlreiche Flüchtlinge, darunter auch »unbegleitete Minderjährige« untergebracht.

In Gesprächen mit den Flüchtlingen wurde schnell deutlich, daß diese gerne in Wohnungen in Eberswalde leben wollen. Buckow sei einfach zu ablegen. Auch, daß sie nicht, wie in anderen Landkreisen bereits praktiziert, über eine Gesundheitskarte verfügen können, belastet die Flüchtlinge sehr.

Viele verfügen nur über einen Duldungsstatus, darunter Menschen aus Afghanistan und Eritrea. Sie wollen gerne Deutschkurse besu-

Nur vage Details kamen ans Licht. Demnach sollen entgegen den Informationen von Bellay Gatzlaff die im Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Mittel doch korrekt eingehalten worden sein. Im Grunde handele es sich bloß um Mißverständnisse. Neben einer regelmäßig eingehende Großspende, die im Kulturrat wohl ganz selbstverständlich als zusätzliche Geldausgabemöglichkeit angesehen wurde, spielten offenbar fehlende Informationen zur Mehrwertsteuer eine Schlüsselrolle. Nähere Informationen fehlen bislang.

Von der Mehrwertsteuer sind eigentlich alle Kommunen befreit. Die Unterschiede von Brutto und Netto, an denen schon die Kanzlerin scheiterte, spielen also im normalen Haushalt keine Rolle.

Es gibt aber Ausnahmen. Für bestimmte Leistungen, nicht zuletzt im Zusammenhang von Veranstaltungen, ist die Stadt vorsteuerabzugsberechtigt. Für solche Fälle wird der Mehrwertsteuerbetrag auf einem anderen Sachkonto verbucht. Eben dies scheint beim FinE der Fall zu sein, auch wenn dort keine Eintrittsgelder eingenommen werden. Wer von dieser Sonderregelung nichts weiß, vergleicht Äpfel mit Birnen und muß sich letztlich fühlen, als wäre er gnadenlos hinter Licht geführt worden.

Die Sonderaktion des Bürgermeisters hat möglicherweise einen weiteren Hintergrund. Auch in anderem Zusammenhang entfaltete der Bürgermeister jüngst gegen seinen im Oktober wegen Urlaub abwesenden Sozialdezernenten ein regelrechtes Mobbing. Die »Chemie« zwischen dem Bürgermeister und seinem Stellvertreter gilt schon seit dem Herbst 2014 als arg gestört. So offen wie in den vergangenen Wochen wurde das allerdings bisher nicht zelebriert.

chen und warten darauf zum Teil schon sehr lange. Aber die Integrationskurse werden ihnen verwehrt, weil sie nur »geduldet« sind.

Allerdings ist hier Besserung in Sicht. Den Teilnehmern des Buckower »Zukunftsdialogs« wurde angekündigt, daß drei Träger demnächst Kurse in Eberswalde anbieten werden, an denen wahrscheinlich auch die »Geduldeten« teilnehmen können. Immer wieder hängt auch das Damoklesschwert der Abschiebung über alle, deren Asylantrag noch geprüft wird. Kürzlich traf es einen Mann aus Afghanistan. Trotz des dort eskalierenden Kriegs gilt Afghanistan als sicherer Drittstaat. »Glücklicherweise war er nicht auffindbar«, meinte einer der Helfenden, so daß der Versuch der Barnimer Ausländerbehörde, den Mann nach Ungarn abzuschleppen, scheiterte.

Familienzentrum: *In »guter Hoffnung«*

Eberswalde (bbp). Kinder wird das Familienzentrum wohl auch künftig nicht bekommen. Guter Hoffnung können die Unterstützer für den Erhalt des Familienzentrums im Brandenburgischen Viertel aber dennoch sein. Für den Fortbestand hatte sich der städtische Sozialdezernent BELLAY GATZLAFF bereits vor längerem ausgesprochen und Unterstützung für den Umzug der sozialen Einrichtung an einen barrierefreien Standort avisiert. Auch ein Trägerwechsel sei möglich.



Foto: JURGEN GRAZDOW

Bildungseinrichtung Buckow e.V. will das Familienzentrum im Brandenburgischen Viertel in der Spreewaldstraße 20/22 weiterführen.

Inzwischen hat der Verein Bildungseinrichtung Buckow e.V. gegenüber der Stadtverwaltung und dem Land sein Interesse bekundet, das Familienzentrum am eigenen Standort im Brandenburgischen Viertel in der Spreewaldstraße 20/22 weiterzuführen. Das größte Hindernis, die fehlende Barrierefreiheit am alten Standort, wäre damit aus dem Weg geräumt. Dabei will man möglichst umfassend die Erfahrungen des bisherigen Trägers, dem Berliner Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V., nutzen. Wie Geschäftsführerin ANNETTE RUHTZ informierte, gab es bereits erste Gespräche mit der städtischen Sozialreferentin BARBARA BUNGE. Auch der Kontakt zum bisherigen Trägerverein in Berlin wurde geknüpft. Insofern stehen alle Signale auf grün, um das Familienzentrum am neuen Standort und gegebenenfalls mit erweiterten Inhalten fortzuführen.

Bedarf dafür gibt es allemal. Das spüren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bildungseinrichtung Buckow in ihrer täglichen Arbeit. Der Verein betreibt im Brandenburgischen Viertel in der Spreewaldstraße 20/22 seit den 1990er Jahren die »Berufliche Schule Buckow«, in der junge Menschen mit Behinderung oder anderen Benachteiligungen eine berufliche Ausbildung und Hilfe beim Übergang in Arbeit erhalten. Auch andere Projekte sind dort etabliert. Dazu gehören beispielsweise die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen sowie das Projekt »Beschäftigungschancen – im Sozialraum und mit den Familien«, deren Teilnehmer seit April das »Spreewald-Café« betreiben (vgl. BBP 3 und 5/2016).

Streit um den Bau eines neuen Rathauses in Bernau: Nicht um jeden Preis Stadtverordnete sind in der Verantwortung

Der Bernauer Hauptverwaltungsbeamte hat sich am 13. Oktober von den Bernauer Stadtverordneten einen »Persilschein« über eine extreme Kostensteigerung von über 61 % beim geplanten Neubau des Rathauses II ausstellen lassen. Nach der bisher den Stadtverordneten bekannten Kosten von 9,8 Mio. EUR explodieren diese auf aktuell 15,8 Mio. EUR, ohne daß bisher ein Spaten in das Erdreich gestochen wurde. Ein intaktes Gebäude, welches 1965 gebaut und sich nach gutachterlicher Untersuchung in einem sehr guten Zustand befindet, soll im Zentrum von Bernau abgerissen werden. Eine Befragung der Einwohner wurde von der Bernauer Stadtverordneten abgelehnt. Angeblich sei der Sachverhalt zu kompliziert für die Bürger.

Die Unabhängige Fraktion kämpft gegen die Geldverschwendung wohl wissend, daß es sicher nicht bei den veranschlagten 15,8 Mio. EUR bleiben wird und ruft die Bernauer Bürger zu einem Bürgerbegehren auf.

Das Bürgerbegehren startete am 24. Oktober. Innerhalb von 8 Wochen bleibt Zeit für die Sammlung von Unterschriften. Wenn 10 Prozent der wahlberechtigten Bernauer dem Bürgerbegehren zustimmt, findet ein Bürgerentscheid, eine Wahl statt.

Wir rufen alle Bernauer Bürger auf, der Geldverschwendung durch die Stadtverwaltung Einhalt zu gebieten.

In der Bernauer Verwaltung sind insgesamt 370 Mitarbeiter plus 18 Auszubildende beschäftigt. In der vergangenen Woche wurde Richtfest für ein neu errichtetes Gebäude, dem Finanzamt in Oranienburg, gefeiert. Dort finden 357 Mitarbeiter ihre Büros.

Der Clou: Das Gebäude, das 2017 eingeweiht wird, kostet 8,8 Mio. EUR (!)

THOMAS STRESE

»A wie Aufklärung«

20. November, 17 Uhr, Klub am Steintor

»A wie Aufklärung« des NÖ-THEATERS aus Köln ist ein satirisches Theaterstück, welches sich thematisch mit dem Nationalsozialistischen Untergrund und der Aufklärung der Verbrechen des NSU befaßt. Die Aufführung in Bernau ist in eine Theatertour durch verschiedene Brandenburger Städte eingebettet.

Wir wollen die Mordserie des NSU nicht in Vergessenheit geraten lassen und eine öffentliche Diskussion anregen. Das Theaterstück soll aufrütteln, zum Nachdenken und Handeln aktivieren. Veranstalter ist das Netzwerk für Weltoffenheit in Kooperation mit dem DJB e.V.
Netzwerk für Weltoffenheit Bernau

Die Linksfraktion befürwortet weiterhin den Neubau des Rathauses. Wir lehnen den Eilantrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer Einwohnerbefragung ab. Die Konzentration der Verwaltung am Marktplatz macht Sinn. Das ist besser für die Angestellten der Verwaltung sowie die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Die Kosten werden aus Krediten und Fördermitteln beglichen, andere Investitionen bleiben nicht auf der Strecke. Durch regelmäßige Einwohnerversammlungen und Beratungen im Hauptausschuß muß der Neubau begleitet werden.

Bereits jetzt gibt es Fördermittelzusagen über zwei Millionen Euro von den aktuell kalkulierten Kosten von 15, 8 Millionen Euro.

Die Linksfraktion steht für mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Doch das Rathaus-Projekt ist bereits zu weit fortgeschritten und befindet sich bereits in der dritten Phase.

Rathaus-Neubau stoppen

Es mag sein, daß die Stadtverwaltung zentralisiert werden sollte (nicht ideologisch, sondern räumlich); das möchte ich nicht beurteilen; der Standort aber ist in jedem Falle falsch!

Klar dürfte weiterhin eines sein: Grundlage der Beschlußfassungen früherer Jahre zum Rathausbau war ein letztlisches Limit von 9,8 Millionen Euro; Frau Keil sagt: Beschluß ist Beschluß und es wurde alles richtig beraten!

Kaum glaubhaft!

Macht man sich die Mühe, die Kubatur* des Neubau-Projektes mit den empirisch gesicherten Kenntnissen über Baukosten je cbm umbauten Raum und den Kosten zeitgemäßer Ausstattungen, wie »notwendigem« Appell-Saal und mediterranem Dach-Café, zu berechnen, so war die Zahl von 9,8 Millionen Euro einfach von Grund auf falsch.

Wie sagte Herr Althaus von der SPD am 15.09.2016 in der Stadtverordnetenversammlung (StVV): »Das war eine politische Zahl«; das ist also die Grundlage ernsthafter Arbeit von Volksvertretern!?! So weit so gut.

Es erstaunt nur (oder nicht?), daß die linke Stadtregierung mit Unterstützung von Herrn Keil diesen Kurs der Bürgerverdummung weiter betreibt, um dieses Rathaus durchzudrücken – koste es was es wolle. Das müssen die Verantwortlichen mit ihrem Gewissen vereinbaren!

Was aber nicht geht, ist folgendes: Auf der Sitzung der StVV am 15.09.2016 wurde in der Einwohnerfragestunde darauf hingewiesen, daß von dem geplanten Bau an dieser Stelle – etwa 18 Meter vom Fuß der St.-Marien-Kirche, dem bedeutendsten Bauwerk der Stadt Bernau – der Abriß eines hochgradig befestigten ehemaligen Bankgebäudes erfolgen soll und dieses dann durch diesen überdimensionierten Koloß, in der Architektur zwischen Speer und Stalin angesiedelt, ersetzt werden soll – ein Verstoß gegen jeden städtebaulichen Geschmack.

Zwei Wettbewerbe wurden durchgeführt und fast zwei Millionen Euro wurden bereits ausgegeben. Seit über zehn Jahren wird an dem Projekt gearbeitet auch im Rahmen öffentlicher Workshops. Jetzt macht eine Einwohnerbefragung nur noch wenig Sinn. Sie verzögert das Projekt und verursacht weitere Kosten.

Vor einigen Jahren hätte eine stärkere Einwohnerbeteiligung durchgeführt werden können. Nach Paragraph 13 der Brandenburger Kommunalverfassung wäre das möglich gewesen. Doch stattdessen kommt die CDU erst jetzt auf diese Idee.

Wir sagen ganz klar: Das Projekt ist nun so weit fortgeschritten, daß wir entscheiden müssen und nicht die Verantwortung auf die Einwohnerinnen und Einwohner abschieben sollten.

Dr. DAGMAR ENKELMANN,
Vorsitzende der Bernauer Linksfraktion.

Dieser Bürgerhinweis wurde durch den Bürgermeister in seiner völlig unangemessenen und »schmoddrigen« Art und Weise abgekanzelt, ohne daß eine Stellungnahme für nötig befunden wurde. Es hat mich nicht verwundert, war es doch der UN-Tag der Demokratie und der übliche proletarische Umgangston mit nicht hörigen Bürgern!

In der Beratung am 27.09.2016 wurden dann unbewiesen zwei Sätze diesem Kirchenbau gewidmet, die eher beweisen, daß man sich mit dieser Frage eher nicht beschäftigt hat.

Das Ganze kann man nur als eine hochgradig leichtfertige Arbeitsweise betrachten!

Als Beispiel, was passieren kann, wurde auf die Fast-Zerstörung der Friedrichswerderschen Kirche am Berliner Werderschen Markt hingewiesen, die durch die nahe an die Gründungsbereiche der Schinkelkirche heranreichende »wilde Bauerei« hinter der Staatsoper entstanden ist – eines der bedeutendsten Schinkelschen Bauwerke ist seitdem nicht mehr begehbar und die vorher aufgewendeten Sanierungsmillionen zur Behebung der Vernachlässigung aus der DDR-Ära wurden in den Sand gesetzt. Wenn alsbald der Abriß der alten Bank in Bernau erfolgt, kommen die Bauschäden vielleicht noch rechtzeitig zur 500-Jahr-Feier der Reformation.

BERND C. SCHUHMAN

* Der Begriff Kubatur bezeichnet im Bauwesen das Volumen eines Bauwerks, unabhängig von der Gestaltung oder dem verwendeten Material. (Quelle: Wikipedia)

Fraktion DIE SPD:

Energiewirtschaft bleibt wichtig

Eberswalde (bbp). Der Ausschuß für Energiewirtschaft (AEW) könne auf eine erfolgreiche Arbeit zurückblicken, meint die Fraktion DIE SPD in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV). Wie deren Fraktionsreferent Johannes Kraushaar mitteilte, einigte sich die Fraktion auf ihrer Sitzung am 17. Oktober auf Positionen zur Weiterführung des Ausschusses. Die Fraktion wendet sich damit gegen die Pläne der Stadtverwaltung, den Ausschuß aufzulösen.

Wichtige Voraussetzungen für die Rekomunalisierung der Energienetze seien zumindest für die Stromnetze bis zur Entscheidungsreife im AEW vorangetrieben worden. Ein Vorschlag zur Gestaltung einer gemeinsamen Betriebsgesellschaft mit dem Inhaber der Konzession für Stromnetze liege vor.

»Dies kann die Basis einer möglichen prosperierenden Zusammenarbeit auf dem Weg zur Rekomunalisierung der Netze sein. Daraus eine Erfolgsgeschichte für die Stadt zu machen und auf die Gasnetze zu übertragen, wird eine wesentliche Aufgabenstellung sein. Dabei muß nicht zwingend nur die Möglichkeit der Stadt selbst beachtet werden, es können auch andere sinnvolle, sich entwickelnde Konstellationen im Zusammenhang mit der geplanten Bildung eines Kreisenergiewerkes Berücksichtigung finden. Dieser Weg muß von einem starken, kompetenten Ausschuß für Energie-

wirtschaft in der Stadt Eberswalde begleitet werden.« Aus Sicht der SPD-Fraktion leiten sich daraus wesentliche Inhalte und Zuständigkeiten für den AEW ab:

1. Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Vorbereitung im Jahr 2017 und zur Durchsetzung der Beteiligung am Erwerb der Stromnetze im Jahr 2018.
2. Mitwirkung an allen Vorlagen mit Relevanz zur Energiewirtschaft. Dazu gehören Bauvorlagen, Konzepte zur Entwicklung von Wohnquartieren, Konzepte zum Klimaschutz und zur Bauleitplanung und Vorlagen zur Errichtung, Erneuerung und Modernisierung von Energieanlagen aller Art in öffentlichen Gebäuden der Stadt.
3. Durch den AEW sind sämtliche Verhandlungen zu Konsortialverträgen für Stromnetze, Gasnetze und Wärmeversorgungen beginnend vom Entwurf bis zur Ausgestaltung der Verträge zu begleiten.
4. Der AEW ist zur Mitwirkung der Stadt beim Aufbau von Gesellschaften des Landkreises mit energiepolitischen Inhalten durch die Stadt einzubeziehen.
5. Durch den AEW ist im Jahr 2017 dafür Sorge zu tragen, ein Konzept zum Komplex Wärmeversorgung in der Stadt Eberswalde erarbeiten zu lassen.
6. Der AEW kann die Vorbereitung und Ge-

staltung von Bürgerforen und der ständigen unterstützenden Arbeit von unabhängigen Fachgremien für wichtige, zukunftsweisende Konzepte zur Energiepolitik und ausgewählten Teilen davon veranlassen und daran mitwirken. Damit soll eine effiziente, kompetente und nachhaltige Gestaltung der Energiepolitik in Eberswalde auf breiter Basis mit den Bürgern gestaltet werden.

»Die Zuständigkeiten und Arbeitsschwerpunkte des AEW«, so die Fraktion weiter, »sollten in Abhängigkeit des jeweils erreichten Arbeitsstandes und den Erfordernissen in Abständen von zwei Jahren geprüft und angepaßt werden. Wesentlich für den Erfolg der Arbeit des AEW ist der gemeinsam formulierte Wille der Stadtverordneten und der Verwaltung, gemeinsam abgestimmte Ziele in der Energiepolitik der Stadt Eberswalde erreichen zu wollen.«

Während DIE LINKE, CDU und Bürgerfraktion Eberswalde sich ganz klar gegen die Weiterführung des AEW aussprechen, wollen DIE SPD und FDP den Ausschuß zumindest für die Jahre 2017 und 2018 erhalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde plädieren für eine inhaltliche und organisatorischen Neuausrichtung des Ausschusses zumindestens bis zum Ende der kommunalen Wahlperiode im Frühsommer 2019. Linke, CDU und Bürgerfraktion zählen zusammen 18 Abgeordnete. Zusammen mit dem Bürgermeister verfügen sie über die Mehrheit in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung.

Neuer Boxenstopp-Schülerclub



FOTO: DR. STEFAN SCHANZENBÄCHER

Mit hochrangigen und zahlreichen Gästen, darunter Friedhelm Boginski, Bürgermeister der Stadt Eberswalde, und Prof. Dr. Ulrike Kostka, Direktorin des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e. V., wurde am 14. Oktober an der Grundschule Schwärzensee im Brandenburgischen Viertel der Start des neuen Boxenstopp-Schülerclubs gefeiert.

Im Rahmen eines feierlichen Festaktes in der vollbesetzten Aula der Schule erhielten die ersten 19 Schülerinnen und Schüler aus der Hand der beiden Ehrengäste ihre roten beziehungsweise grünen Pullis und ein kleines Ge-

schenk des Landespräventionsrates. Die Mitgliedschaft im neuen Schülerclub ist eine Auszeichnung für Schülerinnen und Schüler, die sich als Vorbild an der Schule positiv verhalten haben und sich jetzt auch dafür einsetzen wollen, daß sich das Klima an der Schule weiter verbessert und daß Anregungen und Ideen aus der Schülerschaft umgesetzt werden.

Nach dreijährigem Umbau ist nun das erfolgreiche Boxenstopp-Schulprogramm fertig entwickelt und soll verstärkt auch anderen Schulen angeboten werden.

Dr. STEFAN SCHANZENBÄCHER

Boxenstopp-Weiterbildung: Deeskalationstraining

Um der starken Nachfrage nachzukommen, bieten wir noch in diesem Jahr diese Weiterbildung an: Deeskalationstraining, am 28. und 29. November 2016 in Berlin.

Das Angebot ist für alle, die in gefährliche, gewaltbeladene und aggressive Situationen geraten können. Neben Grundlagen, der Blick auf Strategien und Grundhaltung sowie der entschärfenden Gestaltung des Arbeitsumfeldes machen Sie am zweiten Tag ganz praktische Erfahrungen unter der Anleitung zweier Kampfsport-Trainer. Weitere Infos finden Sie in der Ausschreibung im Anhang oder Sie kontaktieren mich mittels den unten stehenden Kontaktdaten, also gerne auch telefonisch.

Ich freue mich auf Ihre Anmeldung und natürlich auch, wenn Sie die Ausschreibung an interessierte Freunde, Bekannte und Kollegen/-innen weitergeben.

Dr. STEFAN SCHANZENBÄCHER

Das Buch zum Boxenstopp-Schulprogramm »Wir für uns«: Stefan Schanzenbächer & Anke Billing: »Gewaltfreie Klasse – gewaltfreie Schule«, Verlag an der Ruhr. Nähere Infos finden Sie unter: www.verlagruhr.de/shop/dynvadr/shop/showprodttl.php?item=2498&grp=1098
www.boxenstopp.org

Alternative Hochschulgewerkschaft: Die Uni umgestalten

Nach zweijähriger Vorarbeit geht das wohl ambitionierteste Hochschulprojekt in der BRD an den Start. Vom 18. bis 20. November kommen im Festsaal des Studierendenhauses in Bockenheim (Frankfurt/Main) Angehörige unterschiedlicher Status- und Beschäftigtengruppen der Frankfurter Goethe-Universität zusammen, um die alternative Hochschulgewerkschaft *unter_bau* zu gründen. Dies ist der letzte Schritt einer langen Reihe von Vorbereitungen, an deren Ende eine schlagkräftige Organisation stehen soll. Angefangen hatte alles mit einem Konzeptpapier, auf dessen Grundlage sich verschiedene Hochschulaktive zu einer Initiative zusammengeschlossen haben. Vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen entwickelten sie ein umfassendes Strategiepapier für den Gewerkschaftsaufbau. Dieser wurden in den vergangenen Monaten von rund 100 Hochschulangehörigen unterstützt.

Mit der Gründung wollen wir eine Organisation etablieren, die es in dieser Form an den deutschen Universitäten noch nicht gegeben hat. Wir werden versuchen, die Verhältnisse an der Universität Frankfurt gründlich und grundlegend aufzuwühlen, um damit eine Wende gegen die Neoliberalisierung der Hochschule einzuleiten. Dafür will der *unter_bau* erklärtermaßen eine umfassende Solidarität zwischen den Status- und Beschäftigtengruppen organisieren, um Verbesserungen bei den Arbeits-, Studien und Wissenschaftsbedingungen zu ermöglichen. Darüber hinaus verfolgt er ein hochschulpolitisches Programm, das auf eine grundsätzliche Umgestaltung der Uni hin zu einer sozial ausgerichteten Hochschule in rätedemokratischer Selbstverwaltung abzielt.

Der dreitägige Kongreß wird am Freitag mit vorbereitenden Workshops, einem Austausch mit internationalen Gästen und schließlich einer Podiumsdiskussion mit anderen Organisationen beginnen. Am Samstag folgt die konstituierende Sitzung, in der die formale Grundlage der Gewerkschaft, die Satzung mit Anhängen, verabschiedet wird. Außerdem wird ein erster Entwurf des künftigen Grundsatzprogramms diskutiert. Seinen Abschluß findet der Kongreß am Sonntag mit der Wahl des Sekretariats und der Einrichtung von Arbeitskreisen und Mandaten, bevor abschließend über den weiteren Organisationsaufbau beraten wird. Ein genaues Programm einschließlich Inhalt und Gästen der Podiumsveranstaltung wird noch veröffentlicht (mehr Informationen auf www.unterbau.org).

Unsere Mitglieder sind mit Informationsständen auf verschiedenen Campi ansprechbar und erhalten dabei viel Zuspruch. Auch ein Schreiben, mit dem wir uns offiziell, wenn auch ironisch, auf die Kanzlerstelle an der Uni beworben haben, hat positive Resonanz erfahren.

ANNA YELIZ SCHENTKE
und MANUEL MÜLLER

Reformen in Brandenburg

Polizeireform, Schulamtsreform, Forstreform, Gemeindegebietsreform – sie alle haben vieles gemeinsam:

– Sie sind typische brandenburgische Pflanzen, was nicht heißt, daß solches Unkraut nicht auch in anderen Bundesländern wächst und gedeiht.

– Sie wurden von der Landesregierung und den jeweils regierenden politischen Parteien erfunden und durchgesetzt.

– Hierzulande haben sich dabei die Parteien CDU, SPD und LINKE hervorgetan.

– Hinweise und Warnungen von Fachleuten wurden ignoriert, haben sich jedoch bestätigt.

– Die mit der Einführung versprochenen Rationalisierungen, Verbesserung der Effektivität und Kosteneinsparungen sind nicht eingetreten – im Gegenteil.

– Folgerichtig mußte »nachgebessert« werden mit dem Ergebnis, daß die Reformen heute als gescheitert gelten – was die Landesregierung jedoch nicht zugibt.

Statt aus den eigenen Fehlleistungen zu lernen soll nun, gegen erheblichen, durchaus begründeten Widerstand, eine weitere Reform mit Brachialgewalt durchgesetzt werden – die Kreisgebietsreform. Jeder hat davon gehört und dazu gelesen. Trotzdem:

Auch dieses Vorhaben – eine weitere Gemeinsamkeit – geht der Mehrheit der durchaus schmerzhaft betroffenen Bürger meilenweit am

Allerwertesten vorbei. Das ist unverständlich, allein mit Politikverdrossenheit nicht zu begründen, aber wir müssen es zur Kenntnis nehmen. Die Landtagsabgeordneten der Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen (BVB/Freie Wähler) haben die absehbaren nachteiligen Folgen der Kreisgebietsreform klar ausgesprochen: Weiterer Demokratieverlust, bürgerferne, weiter aufgeblähte, schwerfälligere Verwaltungen, Kostenerhöhungen nicht nur in den Verwaltungen sondern auch für die Bürger unmittelbar durch lange Wege. Wichtige Entscheidungen fällen entfernte, selbst nicht betroffene Verwaltungen und Körperschaften. Für die Durchsetzung der Bürgerinteressen, dringende Vorhaben in der Gemeinde, ist kein Platz und es fehlt das Geld.

Soweit darf es nicht kommen! Wir wollen, wir brauchen: Verbesserte Verwaltungen mit dezentralen Ansprechpartnern und vereinfachten Verfahren und eine vernünftige, bürgernahe Neuverteilung der Aufgaben zwischen Land, Landkreisen und Kommunen.

Mögen alle Bürger begreifen, daß dieses Ziel jeden betrifft und alle angeht. Sorgen wir alle gemeinsam, jeder mit seiner Unterschrift und seiner Stimme, dafür, daß die Volksinitiative (ab November 2016), das Volksbegehren (ab Mitte 2017) und ggf. der Volksentscheid (Mitte 2018) zu einem vollen Erfolg werden.

JOHANNES MADEJA

Prenzlau will Kreisstadt bleiben

Bereits im März haben die Stadtverordneten von Prenzlau nachfolgende »Grundpositionen zur Verwaltungsstruktureform 2019 im Land Brandenburg« verabschiedet:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zum Kreisstadtstatus der Stadt Prenzlau. Die Stadt Prenzlau unterstützt, wie bisher, ausdrücklich die Zusammenarbeit mit anderen Städten und Gemeinden sowie mit dem Landkreis Uckermark.

2. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für den Erhalt des Landkreises Uckermark aus.

3. Die sich in den letzten Jahrzehnten herausgebildeten landsmannschaftlichen Verbundenheiten in der Uckermark und ihren Regionen müssen bewahrt und erhalten bleiben.

4. Eine umfassende Funktionalreform bis auf die Ebene der Gemeinden hat Vorrang vor einer Verwaltungsreform. Dabei sind differenzierte Aufgabenübertragungen durch die Landesregierung vorzusehen und eine auskömmliche Finanzierung der übertragenen Aufgaben sicherzustellen. Jede Funktionalreform darf keinesfalls zu einem Verlust an bürgernahen Dienstleistungen führen, die bislang durch die Stadt effizient und tadelsfrei angeboten werden.

5. Sowohl nach der Eingemeindung im Jahre 2001 als auch im Kontext der Zusammenarbeit

von Stadtwerken und NUWA sowie bei der Stadt-Umland-Kooperation in verschiedenen Förderprogrammen hat das Mittelzentrum Prenzlau bewiesen, daß es erfolgreich in seinem ländlichen Umfeld agieren kann. Das Mittelzentrum Prenzlau bekennt sich daher auch weiterhin zu seiner Rolle als Zentrum der medizinischen, sozialen, kulturellen, schulischen und sonstigen Versorgung im Mittelbereich Prenzlau.

6. Die Stadt Prenzlau ist bereit, ihre Verwaltungskompetenz auch den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft im ländlichen Umfeld zur Verfügung zu stellen. Hierzu bietet sie einen abgestuften Katalog an Formen der Zusammenarbeit an.

Diese können sein: Verwaltungskooperation, das Instrument der Mitverwaltung von Gemeinden, Eingemeindungen (sofern dies gemeinsam gewünscht wird).

Die Grundpositionen wurden durch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Prenzlau auf ihrer Sitzung am 03.03.2016 beschlossen.

THOMAS RICHTER, Vorsitzender der StVV
HENDRIK SOMMER, Bürgermeister

LINKER Mitgliederbrief zur Verwaltungsstrukturreform:

»Argumente contra Panikmache«

Potsdam (bbp). Der Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE Christian Görke hat in einem Brief an die Parteimitglieder in Brandenburg dargelegt, welche guten Argumente es für die sogenannte Verwaltungsstrukturreform gibt, in deren Folge Landkreise fusionieren und bisher kreisfreie Städte ihren Status verlieren sollen. Insbesondere will Görke deutlich machen, warum DIE LINKE zu dieser Reform stehen kann.

Der Opposition im Landtag wirft der Landesvorsitzende und Finanzminister vor, Panikmache zu betreiben, statt die Auseinandersetzung mit Argumenten zu suchen. Die Mitglieder der Linkspartei ruft er dazu auf, für die beste Lösung im Land zu streiten: »Suchen wir gemeinsam nach Antworten auf die Herausforderungen der Zeit.«

Für die Reform stehe das Ziel, »daß dieses Land auch für unsere Kinder und Enkel in Zukunft noch ein Land ist, in dem es sich gut leben läßt. Dazu gehört eine leistungsfähige Landes- und Kommunalverwaltung.« Brandenburg werde künftig in vielen Teilen des Landes weniger Einwohner haben, die an eine Verwaltung im digitalen Zeitalter ganz andere Ansprüche stellen als bisher. Mobilität spiele eine andere Rolle. »All das sind Gründe, weshalb auch Verwaltung neu gedacht werden muß. Nicht aus Spargründen, sondern aus Verantwortung für die weitere Entwicklung unseres Landes.«

Verwaltungsstruktur und »lebenswerte Dörfer und Städte« seien verschiedene Dinge. Die Linkspartei werde dafür sorgen, »daß es eben keine längeren Wege gibt, daß Krankenhäuser, Polizeiwachen und Schulen erhalten bleiben. Die jetzige Struktur unserer Sparkassen werden wir nicht verändern.«

Mit der Reform habe sich eine Enquete-Kommission des Landtages intensiv beschäftigt. »Die Ergebnisse sind in unser Wahlprogramm zur Landtagswahl 2014 eingeflossen und das Projekt der Verwaltungsstrukturreform fand Eingang in den Koalitionsvertrag, dem 94 Prozent der Genossinnen und Genossen des Brandenburger Landesverbandes zugestimmt haben.« Über den Leitbild-Entwurf wurde »fast ein Jahr lang« diskutiert. »Es gab Regionalkonferenzen in jedem Landkreis und auch auf unserem Parteitag im Oktober 2015 und auf allen Regionalkonferenzen der Partei wurde das Thema konkret debattiert.« Viele Forderungen des Parteitags seien in das Leitbild aufgenommen worden. »Wer also sagt, diese Reform sei nicht gründlich genug besprochen worden, erzählt schlichtweg Dinge, die nicht stimmen!«

Der Landesvorsitzende der LINKEN ruft dazu auf, »den Mut zu Veränderungen zu haben, auch wenn uns der Wind der öffentlichen Meinung vielleicht stärker ins Gesicht weht, als wir uns das wünschen.«

Das Leitbild bilde »die Grundlage für die jetzt zu erarbeitenden Gesetzesentwürfe und für den Vorschlag für die künftige Kreisstruktur. Gegenwärtig erarbeiten Arbeitsgruppen unter Einbeziehung von kommunalen Vertreter/innen die weite-

ren Schritte und – was uns auch sehr wichtig ist – die Inhalte der noch ausstehenden Funktionalreform.«

Zu diesem Zeitpunkt

habe die Opposition im Landtag eine Volksinitiative angekündigt, was ihr gutes Recht sei. »Und natürlich begrüßen wir es als LINKE (übrigens waren wir es, die die Bedingungen für direkte Demokratie erweitert haben), wenn zu solch wichtigen Fragen Instrumente der Mitbestimmung Anwendung finden.

Aber lassen wir uns nicht ins Bockshorn jagen. Hier wird das Mittel einer Volksinitiative dafür instrumentalisiert, und das nur aus einem Grund. Hier geht es nicht um das Wohl des Landes. Hier geht es einzig und allein darum, mit der rot-roten Landesregierung abzurechnen. Wer die Auseinandersetzung mit Argumenten scheut, versucht mit Panikmache Stimmung zu machen.«

Görke ruft die Parteimitglieder dazu auf, sich nicht auf dieses Niveau zu begeben, sondern »mit Argumenten für die beste Lösung im Land« zu streiten. »Suchen wir gemeinsam nach Antworten auf die Herausforderungen der Zeit. Bald leben im Berliner Umland – auf 10 Prozent der Landesfläche – 50 Prozent der Bevölkerung. Die restliche Hälfte der Brandenburgerinnen und Brandenburger wird sich auf die übrigen 90 Prozent der Landesfläche verteilen. Genau weil wir nicht wollen, daß sich Landespolitik künftig nur noch auf die konzentriert, die im prosperierenden Speckgürtel wohnen, wollen wir jetzt handeln. Wir haben den Verfassungsauftrag, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes sicherzustellen und wir erreichen dies nur, wenn wir das Land und seine Regionen weiter gestaltbar machen. Dazu müssen wir auch die notwendigen Weichen stellen.

Daher setzte ich auch weiterhin auf einen konstruktiven Dialog über die Zukunft des Landes.«

Die Landesregierung, so der Landesvorsitzende abschließend, erarbeite derzeit eine Übersicht zu den häufigsten Fragen, die im Zusammenhang mit der Verwaltungsstrukturreform gestellt werden. Diese werde man, sobald sie fertig ist, den Parteimitgliedern zur Verfügung stellen. Vielleicht trage auch das dazu bei, hofft Görke, »viele Sorgen und Ängste zu nehmen.«



FOTO: RALF ROLETSCHKEY / FAHRRADMONTEURDE

Verwaltungsstrukturreform:

ver.di gegen Großkreispläne

Die jüngst veröffentlichten Pläne der brandenburgischen Landesregierung zum neuen Zuschnitt der Landkreise haben vielfach für Unruhe, Unsicherheit und Zukunftsängste bei den Beschäftigten in Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen gesorgt. Insbesondere die Pläne, im Süden Brandenburgs einen Lausitzer Großkreis zu errichten, haben zu erheblichen Irritationen geführt.

Damit das Reformvorhaben umgesetzt werden kann, muß es von Bürgerinnen und Bürgern und auch den Beschäftigten akzeptiert werden. Die hier jetzt veröffentlichten Pläne sind aus Sicht von ver.di zu kurz gegriffen. Kurzfristig möglicher Weise erzielbaren Einsparungen steht langfristig ein erheblicher Mehraufwand an Verwaltungsarbeit entgegen. Insbesondere ist zu erwarten, daß das Reformziel Bürgernähe so nicht erreicht werden kann. Damit das Reformvorhaben gelingt und von Bürgerinnen und Bürgern und von den Beschäftigten akzeptiert wird, darf die Reform aber nicht als Sparmaßnahme missbraucht werden.

Die Fragen der Beschäftigten zum zukünftigen Arbeitsplatz, zu ihren zukünftigen Aufgaben und ihre Unsicherheiten hinsichtlich der bevorstehenden Anforderungen sind daher sehr ernst zu nehmen, ebenso ihre Sorgen vor Arbeitsplatzabbau und einer weiteren Arbeitsverdichtung.

Im Hinblick auf die Gleichheit der Lebensverhältnisse und eine faire und sachgerechte Verteilung der Ressourcen ist den strukturschwachen Regionen besonderes Augenmerk zu widmen. Eine gute Infrastruktur und eine auch zukünftig gute Erreichbarkeit der öffentlichen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger sind wichtige Voraussetzungen für das Leben in den dünn besiedelten Regionen Brandenburgs. Eine verbesserte Form der elektronischen Erreichbarkeit ist sicherlich hilfreich, deckt aber nicht alles ab. Öffentliche Dienstleistungen müssen auch für Bürgerinnen und Bürger ohne Internetzugang und Auto, das meint wohnortnah, zur Verfügung stehen.

Aus diesen Gründen sind die Bildung von Großkreisen und die Einkreisung von Städten sorgfältig abzuwägen. Eine Korrektur dieser Pläne darf nicht ausgeschlossen werden.

Da die Verwaltungsstrukturreform voraussichtlich die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in den kommunalen Verwaltungen stark verändern wird, fordert ver.di einen Tarifvertrag, um die Bedingungen sozial ausgewogen und fair zu regeln. Dieser Vertrag muß mögliche soziale Härten abfedern und entstehende Nachteile ausgleichen. Er muß zudem eine Gleichbehandlung mit den von der Reform betroffenen Landesbediensteten herstellen. Klare tarifvertragliche Regelungen wären ein geeigneter Weg, um die Akzeptanz für ein derartig umfassendes Reformvorhaben bei den Beschäftigten zu fördern.

Konsumrummel

Eberswalde (bbp). Zur Polemik um die Fachmarkterweiterung in Finowfurt meldete sich auch FRANK NEUMANN, sachkundiger Einwohner im Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration zu Wort. »Es gilt allerdings zu bedenken«, schrieb er, »ob man den Konsumrummel immer noch weiter treiben muß. Es gibt meines Erachtens inzwischen für Eberswalder und Finowfurter Bürger genügend Märkte, von denen es welche gibt, die Montag bis Samstag, von 7 bis 22 Uhr geöffnet haben und somit eine Rundumversorgung absichern. Weitere Märkte würden das PKW-Fahrverhalten nur noch anreichern und somit die Umwelt weiter belasten. Unsere derzeitige 'Bespaßung' geht ganz Eindeutigkeit zu Lasten der Lebensqualität künftiger Generationen. Wissenschaftler haben nachgewiesen, daß wir unsere möglichen verbrauchbaren Energie- und Bedarfsreserven in diesem und in den Vorjahren immer schon – global gesehen – im August verbraucht haben. Von da an leben wir jedes Jahr auf Pump unserer Natur.

'Wir haben uns die Erde von den Kindern nur geborgt', deshalb können wir heute nicht so leben, als komme nach uns gar keiner mehr!«

Mordermittler liest vor

Eberswalde (prest-ew). Der bekannte Mordermittler und ehemalige Chef der Münchener Kripo, Josef Wilfing, ist am Dienstag, dem 8. November 2016, zu Gast in der Bibliothek Eberswalde. Er liest aus seinem aktuellen Buch »Verderben. Die Macht der Mörder«.

Der Autor, Jahrgang 1947, war 42 Jahre lang im Polizeidienst tätig. Der Vernehmungsspezialist klärte spektakuläre Fälle wie den Sedlmayr-Mord auf, schnappte Serientäter und Hunderte Kriminelle. In seinem neuen Buch zeigt Josef Wilfing, daß die Macht der Täter über ihre Tat hinaus reicht. Denn jeder Mord zieht komplexe Folgen nach sich: das lebenslange Leid der Opferfamilie, die Stigmatisierung der Angehörigen des Täters – und oft bekommen auch die Ermittler die Folgen eines Mordes am eigenen Leib zu spüren.

Die Autorenlesung beginnt am 8. November um 19 Uhr und wird von einer Signierstunde mit Buchverkauf abgerundet. Die Lesung ist kostenfrei und findet in der Bibliothek Eberswalde, Puschkinstraße 13, statt.

Was der Papst sagt

Also, den Superreichen sollte man nicht mit Hochachtung, sondern mit Verachtung begegnen. Denn wenn der Papst Franziskus gesagt hat, er sei gegen das verbrecherische Anhäufen von Geld, dann heißt das nichts anderes, als daß die Reichen normale Verbrecher sind.

Ich bin zwar kein gläubiger Mensch, dennoch meine ich, der Papst müsste da vielen die Augen geöffnet haben, sogar den Blinden! Der Papst hat erkannt, woher die Armut kommt!

Darüber darf man sich Gedanken machen
DIE ROTE OMA

Briefe an die Gemeindevertreter der Gemeinde Schorfheide:

Ein gemeinsames Einzelhandelskonzept

Als fraktionslose Stadtverordnete der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde habe ich mich bereits mehrfach für die Erweiterung Ihres Fachmarktzentrums unabhängig entsprechender Befindlichkeiten der Stadt Eberswalde ausgesprochen. Ich bin der Auffassung, daß die auf Regulierung basierende, auf staatlichen Vorgaben beruhende und im Widerspruch zu grundsätzlichen Wirtschaftsregularien stehende Strategie Eberswaldes am Bürgerinteresse vorbeigeht. Sie mißachtet sowohl den Strukturwandel im Handel als auch den Markt als dynamisches System. Ich stimme Ihnen voll zu, daß es im Interesse eines konstruktiven Miteinanders um gute Zusammenarbeit unserer Nachbargemeinden geht.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde am 28.04.2016, in der Ihr Bürgermeister, Herr Schoknecht, zu Gast war, argumentierte ich, daß es um Zusammenarbeit und nicht um Konfrontation geht und daß man, wie auch anderenorts, nach Lösungsvarianten in beider Interesse suchen muß. Bundesweit und auch im Land Brandenburg gibt es dafür gute Beispiele.

Städte kooperieren in einem gemeinsamen Mittelzentrum. Sie haben innerhalb des Zentrale-Orte-Systems der Landesentwicklungsplanung Kooperationsvereinbarungen geschlossen und ein gemeinsames Leitbild erarbeitet, z.B. ein gemeinsames Einzelhandelskon-

zept (Werder/Havel – Beelitz). Die Städte Zehdenik und Gransee unterzeichneten bereits 2007 den »Kooperationsvertrag über die Funktionswahrnehmung eines Mittelzentrums in Funktionsteilung«. Das könnte auch ein Lösungsansatz für uns sein, d.h., ein gemeinsames Mittelzentrum unter Beibehaltung der politischen Selbstständigkeit. So könnte man vorhandene Ressourcen bündeln und die Zusammenarbeit intensivieren. Eine Variante könnte auch ein Citymanagement für Eberswalde sein. Eberswalder Händler haben diesen Gedanken geäußert. Ich habe daraufhin eine Anfrage zu den Möglichkeiten eines Citymanagements an die Stadtverwaltung von Eberswalde gestellt.

Die Attraktivität des Eberswalder Einzelhandels erhöht sich sicher nicht durch Verhinderungsoptionen gegenüber Mitbewerbern. Der vor vielen Jahren nach der Wende entwickelte, m.E. nach falsche Denkanatz der damaligen Bürgermeister von Eberswalde und Finowfurt zur Zerschlagung des historischen Wirtschaftsraumes Finowtal muß zugunsten wirtschaftlicher Prosperität im Zentrum des sich neuformierenden Landkreises Barnim-Uckermark überwunden werden.

Ein gemeinsames Einzelhandelskonzept gleichberechtigter Partner könnte erfolgversprechende Impulse für weitere positive Entwicklungen geben.

Dr. ILONA PISCHEL

Bitte halten Sie sich an den Vertrag

Uns ist es wichtig zu betonen, daß auch wir weiterhin, wie bisher, gut mit allen Nachbargemeinden zusammen arbeiten wollen – zum Wohl der gesamten Region! Aus diesem Grund sehen wir auch keinen Streit zwischen der Gemeinde Schorfheide und der Stadt Eberswalde. Bauherr der geplanten Erweiterung des Fachmarktzentrums ist ja weder Eberswalde noch Finowfurt sondern ein internationaler Handelskonzern, dem auch die Grundstücke gehören.

Seit vielen Jahren gibt es einen rechtlich bindenden raumordnerischen Vertrag zwischen der damaligen Gemeinde Finowfurt und der Stadt Eberswalde, unterzeichnet von Ihrem Bürgermeister Uwe Schoknecht im August 2002. Dieser Vertrag regelt, daß einerseits einer Erweiterung von Real durch die Stadt Eberswalde zugestimmt wird, wenn sich andererseits die Gemeinde Schorfheide verpflichtet, auf weitere Neuansiedlungen und Erweiterungen zu verzichten. Dieser Vertrag ist in guter, nachbarschaftlicher Zusammenarbeit entstanden. Nun geht es darum, sich daran zu halten – auch wenn man die Vorteile schon genossen hat. Dafür sind Verträge da! Diese nachbarschaftliche Übereinkunft soll nun einseitig zugunsten des Handelskonzerns aufgekündigt werden. Dies bedauern wir sehr, haben wir

doch unsere Zustimmung im Vertrauen auf die Vertragstreue unserer Nachbargemeinde gegeben.

Zu Ihrem veränderten Vorhaben gibt es konträre Auffassungen. Das ist ein normaler Vorgang. Genau so normal ist es, daß eine gerichtliche Entscheidung gefällt werden muß, wenn man sich nicht einig wird. Auch das ist in einem Rechtsstaat ein normaler Vorgang.

Aber natürlich hängt das Verhältnis zweier Kommunen nicht von einem einzelnen Vorgang mit unterschiedlicher Bewertung ab. Deshalb haben Sie Recht: es lohnt sich nicht, das gute nachbarschaftliche Verhältnis zueinander von diesem einem Vorgang abhängig zu machen! Darum bitten wir Sie, von den Erweiterungsplänen für das Fachmarktzentrum abzusehen, zumal die Gemeinde Schorfheide ja keine Vorteile von einer Erweiterung zu erwarten hat. Gewerbesteuern werden sicherlich nicht fließen (siehe Realkauf), die Grundstücke gehören schon dem Investor und die Gemeinde ist weit über den Eigenbedarf mit Verkaufsf lächen versorgt. Bitte halten Sie sich an unseren Vertrag!

Lassen Sie uns auch in Zukunft, wie bisher, zum gemeinsamen Vorteil unserer Region zusammenarbeiten.

DIE SPD Fraktion der StVV Eberswalde

Buchtip:

Mulch total – ein Weg in die Zukunft

Aus dem Prolog der fünften erweiterten Auflage, die noch in diesem Jahr erscheint

»Praxis trifft Wissenschaft« könnte man das erste persönliche Treffen zwischen Familie Kretschmann und Familie Behm im Frühjahr 1991 in Bad Freienwalde betiteln. Der Total-Mulch-Garten von Kurt und Erna Kretschmann existierte bereits ein Jahr lang. Von dieser völlig neuartigen Bewirtschaftungsform waren Rudolf und Edith Behm, die ihren Hausgarten 20 Jahre lang konventionell bestellten, annehmlich beeindruckt.

Rasch erkannten wir, daß der Praktiker und Autodidakt Kurt Kretschmann, mit 60-jähriger Biogartenerfahrung sowie hunderten Schriften über Natur, Umwelt und Garten, und der Naturwissenschaftler Rudolf Behm, mit international bekannten Publikationen über Waldbodenanalytik, Dünger- und Waldschadensforschung, vorteilhaft zusammenarbeiten könnten. Zum eigenen Nutzen und gleichzeitig zur Ausstrahlung in die Öffentlichkeit. Ein Glücksfall dabei, daß Erna Kretschmann und Edith Behm, in enger Freundschaft zueinander, die Aktivitäten ihrer Ehemänner von Beginn an unterstützten. Beide gaben diesem Vorhaben über Jahre hinweg förderliche Impulse und trugen zum Gelingen der ersten Buchausgabe von »Mulch total« bei.

Eine weitere günstige Situation für unsere Mulchprojekte ergab sich Mitte der neunziger Jahre für die Analysen der regelmäßig entnommenen Bodenproben. Nach anfänglichen Schwierigkeiten bei Aufträgen an örtlich getrennte Laboreinrichtungen waren nun Eberswalder Institutionen bereit, unsere Bodenproben mit modernster Analysetechnik zu untersuchen. Es konnte auch Pflanzenmaterial in die chemische Analytik einbezogen werden und das Spektrum der Untersuchungsparameter wurde erheblich erweitert. Dafür gebührt den Labormitarbeitern, dem Direktor der Forstlichen Forschungsanstalt Eberswalde, Prof. Dr. habil. D. Heinsdorf und dem Dekan des Bereiches Landschaftsnutzung und Naturschutz der FH Eberswalde, Prof. Dr. habil. R. Schmidt unser Dank.

Die neue Ausgabe von »Mulch total« enthält bei weitem nicht alle bislang vorliegenden Untersuchungsergebnisse. Hochinteressante und vergleichende Daten über Spurennährelemente oder Schwermetalle verschiedener Mulchgartenböden und anderes mehr warten noch auf eine weitere Bearbeitung.

1996 erschien die erste Auflage von »Mulch total – Der Garten der Zukunft«. Darin hatten wir die Beobachtungen, Erfahrungen und Befunde aus dem Bad Freienwalder Mulchgarten zwischen 1990 und 1995 dargestellt. Freude und Begeisterung waren riesengroß, als der Verleger und Herausgeber, Kurt-Walter Lau, im Juni 1996 anlässlich der Einweihung des Naturschutzmuseums im Haus der Naturpflege Bad Freienwalde die ersten 25 druckfrischen Exemplare aus Xanten am Niederrhein mitbrachte und vorstellte. Im Nu waren sie vergriffen.

2001 erschien die von Rudolf Behm überarbeitete und erweiterte zweite Auflage von »Mulch total«. Nun lag ein repräsentativer Erfahrungsbericht über ein Jahrzehnt konsequenter Mulchwirtschaft aus dem Bad Freienwalder Total-Mulch-Garten vor.

Bereits 2003 gab es die dritte und 2007 folgte die vierte Auflage. Von Beginn an wurden die Bücher dankbar und mit Begeisterung aufgenommen und lösten so manchen Besucherstrom aus. 2014 war der Titel wiederum vergriffen. Für eine weitere Auflage war die völlige Neubearbeitung durch Rudolf Behm notwendig. Leider zog sich die Arbeit über längere Zeit hin. Pflege und Tod seiner Ehefrau und Mitstreiterin Edith, waren Belastungen, welche ei-



Studierende der FH Eberswalde, Fachbereich Landschaftsnutzung und Naturschutz, im Sommer 2002 im Eberswalder Mulchgarten.

nen zügigen Ablauf beeinträchtigten. Hinzu kamen noch andere Aufgaben, wie die Aktualisierung einer Dokumentation über die vier Naturschutzetappen der Kretschmanns sowie die Einrichtung der Dauerausstellung zum Thema Mulch im Haus der Naturpflege Bad Freienwalde, zum September 2015.

Nach Aussage von Kurt-Walter Lau vom OLV Organischer Landbau Verlag soll die in Text und Bild stark erweiterte 5. Auflage von »Mulch total« noch in diesem Jahr erscheinen.

Sie beginnt mit dem »historischen« Teil, so wie ihn Kurt Kretschmann vormals geschrieben hatte. Neu sind hier lediglich die dem Text zugeordneten Farbfotos. Alsdann folgen aktualisierte Befunde aus dem Bad Freienwalder Mulchgarten. Schließlich wird über den Eberswalder Mulchgarten von Rudolf und Edith Behm berichtet. Er wurde 1993 nach dem Vorbild des Mulchgartens von Kurt und Erna Kretschmann angelegt. Unsere auf anderen Standortverhältnissen durchgeführten Experimente ergänzen und fundieren nachhaltig Inhalt und Nutzen von »Mulch total«. Wie Professor Succow im Vorwort der 5. Auflage schreibt, ist es kein übliches Gartenbuch. Vielmehr soll es Anregungen und Wohlgefallen bei der Umsetzung einer naturgemäßen Gartenkultur vermitteln.

RUDOLF BEHM



Studierende der FH Eberswalde im Sommer 1999 im Bad Freienwalder Mulchgarten.

Foto: RUDOLF BEHM

Zukunftsperspektiven für Oderberg

Schaffung eines SEMINARS ZUR QUALIFIKATION UND INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN

1 Die unmittelbare humanitäre Nothilfe der Unterbringung großer Flüchtlingszahlen ist nun einer Konsolidierungsphase der qualitativen Entwicklung von Konzepten zum künftigen Umgang der Migranten gewichen, die auf Grundlage des neuen Integrationsgesetzes umzusetzen sind.

Stadtentwicklung, Regionalentwicklung, Landesplanung einerseits und die Zuwanderung von Menschen andererseits müssen im Zusammenhang gesehen und miteinander verknüpft werden. Eine integrierte, ressortübergreifende Planung, auf Kreis-, Landes- und Bundesebene ist klug, sinnvoll und notwendig. Es gibt bereits Städte, die sich um die Aufnahme von Zuwanderern zum Vorteil der eigenen Stadtentwicklung und Infrastrukturentwicklung aktiv bewerben.

2 Oderberg hat seine traditionellen Funktionen als Handels- oder Schiffahrtsstadt verloren und seine Industrie (Stahlbau, Holzverarbeitung) ebenfalls. Die Stadt wird als »sterbende Stadt« beschrieben (Berliner Kurier 8.12.2014, 19.1.2015). Städte stehen im Zentrum von Funktionen. Wenn diese z.B. durch Strukturwandel wegfallen und nicht durch andere ersetzt werden, ist die Existenzgrundlage der Stadt gefährdet. Sie muß sich neu erfinden.

3 Eine zentrale, standortübergreifende Einrichtung zur Integrationsvorbereitung – Bildung, berufliche Ausbildung und medizinische Versorgung (ein Drittel der Flüchtlinge sind traumatisiert) – wäre eine neue, wichtige Funktion im Rahmen dieser Aufgabe von nationaler Bedeutung, die der Stadt neue Impulse verleiht. Ich sehe das offensive Aufgreifen des Zuwanderer-Themas als die Jahrhundertchance für Oderberg überhaupt. Als einzige, die so bald nicht wiederkehren wird.

4 Das Integrationsgesetz nach dem Grundsatz »Fördern und Fordern« ist seit Sommer 2016 in Kraft. Ein Gesetz bedeutet Rechtsanspruch, Rechtssicherheit und Finanzierung der beschlossenen Maßnahmen. Hier die einzelnen Maßnahmen, die der Umsetzung eines Integrationsvorbereitungszentrums exakt entsprechen:

Die Steuerung durch Zuweisung der Residenz (Wohnsitzauflage) ermöglicht Einwohner- bzw. Bevölkerungspolitik. Zu diesem Themenkreis gehört auch die Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen aus Berlin in Brandenburg. Frühzeitige Integrationskurse, Vermittlung von Deutschkenntnissen und Orientierung in der Gesellschaft, Wertevermittlung.

Rechtssicherheit während der Ausbildung: Auszubildende erhalten eine Duldung für die Gesamtdauer der Ausbildung. Arbeitsgelegenheiten durch das Programm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) für 100.000 Asylbewerber, 300 Mio EUR wurden bereitgestellt. Ausbildungsförderung, qualifizierte Berufsausbildung, Ausbildungsbegleitende Hilfen, assistierte Ausbildung oder berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen bereits nach 3 Monaten Aufenthalt in Deutschland.

Meines Erachtens das Wichtigste überhaupt: Die Niederlassungserlaubnis hängt von dem Erfolg der Integration ab. Die Flüchtlinge erhalten den Anreiz für ein unbefristetes Aufenthaltsrecht nach fünf, bei herausragender Integration schon nach drei Jahren.

Das »Seminar für Integration der Stadt Oderberg« könnte ähnlich wie bei Hochschulen sich den Ruf erwerben, daß infolge der erfolgreichen Absolvierung seiner Kursangebote zahlreiche Teilnehmer bereits nach drei Jahren dieses begehrte Recht erhalten. Ein Qualitätsmerkmal, welches zu hoher Anziehungskraft führt, bei den Teilnehmenden wie auch bei Nachfragern von ausgebildeten Arbeitskräften.

5 Welche Effekte der Ansiedlung eines Qualifizierungszentrums kann man für Oderberg kurz-, mittel- oder langfristig erwarten? Es kommt sicheres Geld von staatlicher Seite. Es wird gebaut, bestellt und geliefert. Es gibt neue Jobs innerhalb und um die Einrichtung. Infrastruktur Schulen, Kita, Sportstätten werden ausgelastet, es entsteht zusätzlicher Bedarf. Es wird mehr Dienstleistung nachgefragt. Es wird mehr konsumiert. Dem baulichen Verfall wird durch Zuzüge entgegen gewirkt. Die Stadt wächst und vernetzt sich mit weiteren Akteuren der Gesellschaft, Absolventen mit Oderberger Zertifikaten werden überregional in Betriebe vermittelt. Die Stadt erhält neue Funktionen. Sie erhält wieder eine Bedeutung. Es gibt ein Image, welches ausstrahlt und man allgemein mit der Stadt verbindet (Stadtmarketing), das Seminar in Oderberg als Modellvorhaben vorbildlicher Integration und gleichzeitig Vorbild für weitere Integrationsvorbereitungszentren in strukturschwachen Räumen mit unterschiedlichen Ausbildungsschwerpunkten.

6 Mögliche Ausbildungsschwerpunkte in Oderberg: Vorhandenes örtliches Handwerk, Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz, Pflegeberufe, weitere Anregungen und Vorschläge sind erwünscht.

7 Die Teilnehmer am Integrationsseminar müssen zueinander passen und motiviert sein. Auf die Interessen und bereits vorhandene Qualifikationen der Individuen sollte man stärker eingehen. Kulturelle und soziale Hintergründe sind vor Aufnahme in das Seminar zu berücksichtigen. Gruppierungen zusammenführen, die sich in der Fremde gegenseitig stützen oder wo familiäre oder freundschaftliche Beziehungen bestanden, die EU-/deutschlandweit fragmentiert wurden. Länderübergreifende Tauschbörse einrichten.

8 Seiteneffekt: Eine solide berufliche Ausbildung ist nützlich auch bei Heimatrückkehrern, die wertvolle Beiträge beim Aufbau leisten könnten. Das dient der Prävention in den Herkunftsländern, damit die Menschen dort bleiben können. Das bedeutet eine ver-

besserte, integrierte Entwicklungshilfe, die auch schon von hier geleistet wird.

9 Das Bebauungs-Plangebiet südlich des Einkaufsmarkts ist als integrierter Standort für ein Flüchtlingsvorbereitungszentrum gut geeignet. Die städtebauliche Schließung der dort seit 25 Jahren vorhandenen Brache ist wünschenswert. Ein Teil der Grundstücke steht bereits im Eigentum der Stadt Oderberg. Einkaufsmöglichkeiten, Kita, Sportstätten befinden sich in unmittelbarer Nähe. Insgesamt stehen dort mehr als 11.000 qm Bruttogeschossfläche zur Verfügung. Das Gebiet wäre für zweckdienliche Nutzungen erweiterungsfähig. Das realisierte Wohnheim wäre bereits ein gutes Basismodul für die Ergänzung mit Qualifikationseinrichtungen an diesem Standort im B-Planbereich.

10 Ein hilfreicher Schritt für die Vorbereitung des Integrationsseminars wäre ein Beschluß der politischen Entscheidungsträger Oderbergs, sich um die Einrichtung zentraler Funktionen für Flüchtlinge in Oderberg zu bewerben, der Amtsdirektor den Auftrag der Stadtverordneten zur weiteren Ausarbeitung eines Konzepts erhalte und zur Aufnahme und Weiterführung entsprechender Gespräche mit Vertretern der Politik und Verwaltung.

Am wichtigsten aber ist die Akquisition von privaten und gemeinnützigen Instituten, die als Träger und professionelle Betreiber einer derartigen Einrichtung in Frage kommen.

11 Ich empfehle außerdem die Organisation eines Workshops zum Integrationsseminar durch das Amt mit Beteiligung zum Beispiel von Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Medien, privaten und gemeinnützigen Trägern, Politik, Kirche, Bürgerschaft, Flüchtlingssprecher, Integrationsbeauftragter Kreis, Land etc.

12 Ein großes Problem für die Betroffenen in Aufnahmelagern und Übergangwohnheimen, aber auch für deren Betreuerinnen und Betreuer und mit teilweise negativen Auswirkungen auf das Umfeld, ist das lange Warten auf die Entscheidung über den Antrag und keine Beschäftigung zu haben, nur die Zeit totschlagen müssen in ständiger Unsicherheit, was mit der eigenen Zukunft wird. Ohne Status heißt geduldet und mit Geld versehen aber nicht arbeiten dürfen, auch keine Teilnahme an Sprachkursen. In einer solchen Situation will natürlich keiner freiwillig länger verbleiben, das war auch nicht so geplant und gilt wohl auch für die Bewohner des Übergangwohnheims Oderberg.

LUTZ PAPROTH, Stadt- und Regionalplaner

Vorliegender Beitrag basiert auf einem Vortrag, den der Autor auf Einladung der Oderberger Stadtverordneten im Entwicklungsausschuß der Stadt halten wollte. Das Interesse war begrenzt.

Strafe für's Übermalen von Haßparolen? Schreibspiel

Das Handeln von Irmela Mensah-Schramm verdient Anerkennung statt Bestrafung

Berlin (ver.di/bbp). Der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. (HBB) und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) haben mit großem Erstaunen das Urteil des Amtsgerichtes Tiergarten zur Kenntnis genommen, daß die Rentnerin IRMELA MENSAH-SCHRAMM im Falle, daß sie auch weiterhin Haßparolen übermalen sollte, mit einer Geldstrafe bedroht wird. Daß nun auch noch die Staatsanwaltschaft Berufung gegen das ergangene Urteil einlegt, macht beide Verbände fassungslos.

Der Hauptgeschäftsführer des HBB, NILS BUSCH-PETERSEN und der stellvertretende Landesbezirksleiter von ver.di, Roland Tremper wünschen sich von viel mehr Bürgerinnen und Bürgern ein solches Engagement. Beide teilten gleichlautend mit:

»Wer Haßparolen übermalt und zu mehr Dialog und Verständnis aufruft, trägt mit dazu bei, der gesellschaftlichen Spaltung, die immer sichtbar wird, entgegenzuwirken. Das verdient Anerkennung und nicht Bestrafung!«

Beide Verbände kündigten an, daß die von ihnen ins Leben gerufene Initiative »Handeln statt wegsehen!«, die sich gegen rechtsextreme, rassistische und antisemitische Aktivitäten in Betrieben wendet, damit befaßt wird, wie sie der Rentnerin Unterstützung zukommen lassen kann.

Vor 19 Jahren waren in Eberswalde Jugendliche, die nach einem Besuch der Ausstellung »Haßschmierereien – fotografiert und vernichtet von Irmela Schramm« in der Eberswalder Maria-Magdalenen-Kirche ihrerseits Irmela Schramm naheiferten, im Leibnizviertel von Neo-Nazis mit Steinen beworfen worden. Am Abend des gleichen Tages verprügelten Neo-Nazis ebenfalls im Leibnizviertel den Angolaner Quinqueto M. und hetzten Kampfhunde auf den Wehrlosen. Dies machte schon damals den engen Zusammenhang zwischen Haßschmierereien und realer Brutalität, die keine Rücksichten kennt, deutlich (»Haßschmierereien und nackte Gewalt«, BBP 11/1997).

Regelmäßig auf der Schlendermeile

SPD-Ortsverein mit neuer (alter) Führung



Panketal (spd). Der SPD-Ortsverein Panketal traf sich am 10. Oktober zur turnusmäßigen Wahl seines Vorstandes. RICHARD SPECHT, seit zwei Jahren im Amt des Ortsvereinsvorsitzenden wurde einstimmig bestätigt. In den Vorstand wurden weiterhin MAXIMILIAN WONKE als stellvertretender Vorsitzender, BEATE MÜLLER als Kassiererin, sowie BETTINA BUDNIK, PASCAL DURIEUX, RAINER FORNELL, HUBERT MICHEL, HANS-JOACHIM TRAPP und UWE VOß gewählt.

Richard Specht erinnerte in seinem Rechenschaftsbericht an die Arbeit der vergangenen

Jahre und hob insbesondere die regelmäßigen Aktivitäten der Panketaler Sozialdemokraten auf der Schlendermeile, dem Rathausfest oder zum Internationalen Frauentag hervor. Aber auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit brisanten Themen wie Freihandelsabkommen, Wohnungsbau oder Straßenbau in der Kommune fanden die Würdigung des Vorsitzenden.

Die Versammelten waren sich einig, daß gerade die SPD in einer Zeit, in der populistische Parolen scheinbar breite Sympathien erfahren, ihre besondere Aufgabe in der Stärkung der traditionellen Werte Toleranz, Solidarität und Demokratie sehen muß.

Die Zusammenarbeit mit den Bernauer Sozialdemokraten wollen die Genossen in Panketal auch weiterhin vorantreiben.

Auf dem Foto von links nach rechts: Hubert Michel, Hans-Joachim Trapp, Max Wonke, Richard Specht, Pascal Durieux, Bettina Budnik, Beate Müller, Rainer Fornell, Uwe Voß.

Die Tage werden wieder kürzer, naß und kalt. Es kommt also die Zeit, um es sich drinnen gemütlich zu machen mit einer warmen Tasse Tee. Sprich, die perfekte Gelegenheit für die Schreibtischgruppe im Zwischenraum in der Havellandstraße 15, mal wieder ein Schreibspiel anzubieten. Es sind dafür keine Vorkenntnisse erforderlich: Ihr braucht nicht mehr als etwas Zeit von eurem Wochenende, Muße, euch selbst, Stift und Papier. Passend zum Herbst und Halloween wird unser Überthema dieses Mal »Die dunkle Jahreszeit« sein.

Das Schreibspiel findet am Sonntag, dem 13. November, ab 14 Uhr in den Räumen des Zwischenraums H15 im WBG-Vereinshaus in der Havellandstraße 15 im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde statt.

Ein Schreibspiel ist im weitesten Sinne eine kreative Anregung. Das bedeutet, daß Vorgaben gemacht werden, die dann relativ frei in Wort und Schrift umgesetzt werden können.

Ein mögliches Beispiel wäre es, einen Text mit »Auf dem Weg nach Alabama hatten wir zwei Fliegen im Auto...« zu beginnen. Die Teilnehmer können dann den Ort, wohin ihre Figuren auf dem Weg sind frei wählen.

Ich freue mich schon auf euch und eure herbstlichen Geschichten!

ULRIKE GATZ

Der Frieden siegt!

Wiedermal jährt sich der Tag des sogenannten »Mauerfalls« am 9. November 1989. Unsere Militärs haben im Herbst 1989 mit dem Anspruch der NVA als Friedensarmee Ernst gemacht, als sie die Soldaten aufriefen: »Bleibt in den Kasernen«. Der stellvertretende Verteidigungsminister Fritz Strelitz, der damals die Verantwortung übernahm, wußte noch sehr wohl, wie es nach dem 2. Weltkrieg war, wie unserer Volk litt und wie schwer es war, die Trümmer wegzuräumen und daß wir über 13 Jahre mit Lebensmittelkarten auskommen mußten.

Heute sehen wir im Fernsehen, wie die Städte in Syrien in Schutt und Asche gelegt werden, ohne besonderen Grund und für viele Jahre, denn ein Wiederaufbau dauert sehr lange.

Ein Beispiel, endlich mit den ewigen Kriegen und Bürgerkriegen aufzuhören, kam jetzt aus Lateinamerika. Dort, in Kolumbien, einigten sich die FARC-Rebellen mit der Regierung auf ein Friedensabkommen, um den jahrzehntelangen Bürgerkrieg zu beenden. Es wird nicht einfach, aber beide Seiten bekräftigten: Nie wieder Krieg!

Es müßte auch in allen anderen Regionen gelingen, den Krieg zu verbannen und den Frieden zur Staatsdoktrin, wie ihn die DDR festgeschrieben hatte, zu erklären.

Der Frieden muß erhalten und gefestigt werden, indem die Völker die Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen.

NORBERT GLASKE, DKP

Ausstellung in der Musikschule

Die Berliner Grafikdesignerin Marianne Graetz präsentiert in der Bernauer Regionalstelle der Musikschule Barnim (Schönfelder Weg 10) ihre Arbeiten – auf Leinwand mit Keilrahmen gedruckte Bilder. Die Ausstellung wird bis zum März 2017 zu erleben sein.

Der Blick liegt dabei auf Personen aus dem politischen Widerstand sowie Opfern der faschistischen Rassenpolitik, die in das Netz der Verfolgung gerieten. Die Darstellung reicht von der Erfassung und Überwachung, über Ausgrenzung bis zur Bestrafung und Ermordung, weil sich mit Sicherheit unter den verfolgten Personen auch solche befanden, die sich heimlich mit Kriegsgefangenen und ausländischen Fremdarbeitern einließen und entdeckt wurden.

Zu den verwerflichsten Zuständen im damaligen Nazireich – neben den schrecklichen Konzentrationslagern – zählte der Umgang mit Kriegsgefangenen und den als Fremdarbeiter zwangsverschleppten Zivilisten. Vor allem an den Rüstungsbetrieben konzentrierten die Nazis in Lagern sowohl Kriegsgefangene feindlicher Armeen als auch verschleppte Zivilisten. In und um Eberswalde gibt es dafür zahlreiche Nachweise. Allen voran die Ardeltwerke, gefolgt vom Messingwerk, Seiffert & Co (zur DDR-Zeit: ROFIN) sowie der Chemischen Fabrik (Schering-Kahlbaum-Werke), um die wichtigsten zu nennen.

Unser Wohngebiet, das »Brandenburgische Viertel«, grenzt unmittelbar an noch vorhandene Relikte eines großen Gefangenenlagers. Östlich des Wohngebietes in Richtung Drehnitzwiesen stößt man auf verborgene Überreste des Gefangenenlagers, wie Fundamente, Sanitätsanlagen und Luftschutzbunker sowie auf eine große Einfahrt zum Lager. Das Lager war großflächig angelegt, umzäunt, und befand sich buchstäblich vor dem Fabriktor der Ardeltwerke. Von Stamarbeitern der Ardeltwerke und Bewohnern der Eisenspalterei wurde es »Franzosenlager« genannt. Es reichte beinahe bis zur Heegermühler Straße, also bis dorthin, wo nach 1945 die Sowjetarmee residierte, später DHZ Schrott, danach VEB Metallaufbereitung und gegenwärtig der Baumarkt Toom etabliert ist. Unweit davon, auf der gegenüberliegenden Straßenseite, findet sich auch die Gedenkstätte für das Außenlager des Frauen-KZ Ravensbrück. Die Frauen arbeiteten bei Ardelt überwiegend in der Granatendreherei bzw. als Spänefegerin und in der Hallengroßraumreinigung.

Deutsche Gründlichkeit, deutsche Umsicht und deutsche Vorsicht, eben typische deutsche Merkmale, zudem nationalsozialistisch determiniert, führten zu menschenfeindlichen und menschenverachtenden Begebenheiten und Entwicklungen, wobei akribisch agiert wurde.

Bei einem Waldspaziergang zur Drehnitzwiese trafen wir auf besagtes Areal und schauten uns nochmals interessiert um. Ganz neu war es ja für uns nicht, denn schon als heranwachsende Schüler der Westendschule hatten wir uns dort in der Küchenruine herumgetrieben.

Nach Kriegsende besetzte die Sowjetarmee die Anlage und in der Küche wurde wieder gekocht. Unweit davon, im angrenzenden Buchenwald, befand sich ein Behelfsschlachtplatz. Zwischen Astgabeln zweier geeigneter

Menschlichkeit verboten

Kürzlich war im Kreisarchiv eine Ausstellung zu besichtigen – eine Ausstellung, in der vor allem die Rolle regionaler und lokaler Behörden im Dienst der Nazis beleuchtet wurde (BBP 10/2016). Die Wanderausstellung beschäftigt sich mit der NS-Strafjustiz, die durch die Sondergerichte und das Kriegssonderstrafrecht wesentlich zur Unterstützung und Verfolgung breiter Schichten der Bevölkerung beitrug.

Buchen hatte man einen Querbalken befestigt und daran die zuvor getöteten Tiere hochgezogen und zerlegt.

Wie gesagt, schauten wir uns dort nochmals um, allerdings unter ganz anderen Gesichtspunkten, als damals in der Jugendzeit – versteht sich. Da uns die Anlage und ihre Geschichte mehr und mehr interessierte, befaßten wir uns tiefergehend damit, einschließlich der Recherche im Kreisarchiv und in diesbezüglichen Materialien. Dabei stießen wir auf bewegende, abstoßende Dokumente. Zwei davon haben wir ausgewählt.

Im »Märkischen Boten« vom 11. Oktober 1943 war zu lesen, »Der Kriegsgefangene bleibt ein Feind«. Unter dieser warnenden Drohung heißt es im Text: »Es ist erschreckend festzustellen, wie gleichgültig vielen das Verbot des Umgangs mit Kriegsgefangenen ist. Die Strafen sind hoch und müssen zwangsläufig noch höher werden, um Abschreckung zu haben, wenn die öffentliche Belehrung und Warnung nichts nützt. Wenn auch in der Mehrzahl die Frauen diejenigen sind, die sich über alle Hemmungen hinwegsetzen, so soll das nicht heißen, daß Männer gegen das Umgangsverbot nicht verstoßen können.

Die Verordnung über den Umgang mit Kriegsgefangenen besagt: Sofern nicht der Umgang mit Kriegsgefangenen durch die Ausübung einer Dienst – oder Berufspflicht oder durch ein Arbeitsverhältnis des Kriegsgefangenen zwangsläufig bedingt ist, ist jedermann der Umgang mit Kriegsgefangenen und jede Beziehung zu ihnen untersagt. Soweit hier ein Umgang mit Kriegsgefangenen zulässig ist, ist er auf das notwendige Maß zu beschränken. Die Verordnung zum Schutze der Wehrkraft des dt. Volkes besagt weiterhin, daß auch der strafbar ist, der sonst in einer Weise mit einem Kriegsgefangenen Umgang pflegt, die das gesunde Volksempfinden gröblichst verletzt. Strafbar ist aber nicht nur derjenige, der vorsätzlich, also mit vollem Wissen und Willen gegen die zur Regelung des Umgangs mit Kriegsgefangenen er-

lassenen Vorschriften verstößt, sondern auch wer fahrlässig sich eines Verstoßes dagegen schuldig macht; allerdings ist die Strafe geringer, als bei Verstoß.«

Soweit die bedrohliche Verordnung. Und weiter heißt es in dem Artikel: »Oberster Grundsatz muß daher für jeden Deutschen sein: Halte dich von jedem Kriegsgefangenen in jeder Beziehung so fern als möglich, einmal, weil er ein Feind des Volkes auch noch als Gefangener ist und weil du dann nicht in die Gefahr kommst, vielleicht aus ursprünglichem Mitleid zum Verräter an deinem Vaterland, an deiner Ehre und deiner Ehe zu werden!!! Es ist also z.B. nicht zu verantworten, daß in landwirtschaftlichen Betrieben die Kriegsgefangenen am gleichen Tisch mit Deutschen essen; gerade durch diese nichtgerechtfertigte Gleichstellung entstehen dann die späteren noch größeren Beziehungen. In diesen Verstoßfällen braucht an sich das gesunde Volksempfinden nicht verletzt sein, um strafbar zu sein. In den sonstigen Umgangsfällen jedoch, die also nicht auf einem Arbeitsverhältnis usw. beruhen, muß zur Strafbarkeitsbegründung das gesunde Volksempfinden gröblichst verletzt sein, wobei aber nicht die persönliche Einstellung des Täters für das gesunde Volksempfinden maßgebend ist, sondern allein das Empfinden eines anständigen und verantwortungsbewußten Volksgenossen. Das gesamte Volksempfinden ist z.B. verletzt, wenn eine Frau vorübergehende Kriegsgefangene freundschaftlich zuwinkt oder wenn jemand einen Kriegsgefangenen aus der eigenen Bierflasche trinken läßt. Die Frau hat übrigens jegliche Berührung körperlicher Art mit einem Kriegsgefangenen zu vermeiden.

DIE STRAFEN SIND GEWÖHNLICH GEFÄHRLICH; IN SCHWEREN FÄLLEN ZUCHTHAUS!«

Soweit der Zeitungsartikel aus dem »Märkischen Boten« vom 11.10.1943.

DIETER KEMPFERT

Quellen: Kreisarchiv Eberswalde
(in der nächsten Ausgabe: »Die B-Baracke«)

Nein zum grundhaften Straßenausbau in Finow-Ost

Der grundhafte Ausbau der Fritz-Weineck-Straße /Platz der Jugend mit der gleichzeitigen Verlegung der Obus-Linie in die Wohnanlage ist nicht im Interesse der Anwohner.

Die Straße ist bei den hohen Fahrfrequenzen viel zu schmal und würde trotz der geforderten Verbreiterung nicht den Ansprüchen an Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer gerecht werden. Eine erhebliche Verschlechterung der Wohnqualität wäre die Folge. Der grundhafte Ausbau kostet unnütz Geld, das an anderer Stelle dringender gebraucht wird. Mehr Fahrgastzahlen sind eher nicht zu erwarten. Alle Diskussionen mit den Stadtoberen waren bisher ergebnislos.

Wann hat das dogmatische Agieren der Stadtverwaltung endlich ein Ende? Der Obus bringt nur Nachteile weil:

1. Umrüsten auf Batteriebetrieb – ca. 1,1 Mio.
2. zu starke Frequenzen für Gegenverkehr
3. zu dichtes Vorbeifahren an Wohnquartieren
4. Verkehrsstau an den Haltestellen und damit höherer Schadstoffausstoß.
5. Radfahrer, Fußgänger kommen sich ständig näher und verursachen Gefahrenpotentiale.
6. Der Schulweg zur Grundschule führt über diesen Straßenabschnitt und die Jüngeren sind diesen Gefahren ausgesetzt.

KLAUS STEINHÄUSER (Infos 03334/354844)

Das Klassenbewußtsein und das Boot

Ich bin am 1. Januar 1924 in Köln, als 4. Kind einer Arbeiterfamilie zur Welt gekommen. Meine Eltern waren bereits seit 1923 Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Unser Klassenbewußtsein verdanken wir unserem Vater, der 1918 in Wilhelmshafen schon die Novemberrevolution mitgemacht hatte. Krieg, Hunger, Inflation, alles Elend betraf und betrifft immer wieder die Ärmsten, die Arbeiterklasse.

In den 20er Jahren wurde die KPD unter der Führung von Ernst Thälmann zur großen Partei. Daß zu dieser Zeit ein Arbeiter- und Bauernstaat, die junge Sowjetunion, auch den deutschen Arbeitern Mut machte, konnte kaum verwundern. Die Kapitalisten, Kriegsgewinnler des ersten großen Krieges, sahen die Gefahr und brachten die Faschisten an die Macht, die von »Deutschland, ein Volk ohne Raum« phantasierten. Der Eroberungskrieg war also schon in Sicht. Ernst Thälmann, der das schon damals erkannte und lautstark davor warnte, wurde bereits 1933 eingesperrt.

Der Nazi-Terror begann aber nicht erst mit der sogenannten »Machtübernahme« und dem Reichstagsbrand. Meinen Vater ermordeten die Faschisten schon einen Monat vorher. Es war der 2. Januar 1933, ein Tag nach meinem 9. Geburtstag. Mein Vater war spätabends von einer KPD Versammlung in Mayen per Fahrrad auf dem Nachhauseweg, als er von einem Lieferwagen absichtlich überfahren und auf der Straße liegen gelassen wurde. Er wurde 43 Jahre alt. Zu seiner Urnenbeisetzung gab es einen Trauerzug von 4.000 Genossen und Freunden.

Die 12 Jahre Faschismus waren für den Kapitalismus die Rettung. Die boomende Rüstungswirtschaft brachte die Arbeiter nach der verheerenden Weltwirtschaftskrise wieder in Lohn und Brot. Es folgten »Kraft durch Freude« und Blitzkriegsziege. Das deutsche Volk wurde zum »Herrenvolk«. Auch viele Arbeiter ließen sich zu Mittätern machen. Als solche machten sie mit, bis zum bitteren Ende. Alle saßen in einem Boot.

Das Klassenbewußtsein war verschüttet! Die Ausbeuterklasse hat am Krieg nur verdient. Nun mußte das zerstörte Land wieder aufgebaut werden. Im Westen war US-amerikanische Hilfe mit im Geschäft, das »Wirtschaftswunderland« gegenüber dem armen Osten hochzupäppeln. Die Arbeiter waren voll eingespannt, sogar »Fremdarbeiter«, die nun »Gastarbeiter« hießen, mußten angeheuert werden für dieses »Wirtschaftswunder«. Die Arbeiter erhielten ein kleines Stück vom großen Kuchen – wir sitzen doch alle in einem Boot!

Da waren die Wirtschaftsbosse, die Gewerkschaften und die fleißigen Arbeiter. Nach dem großen Schlamassel ging es auch den einfachen Arbeitern wieder besser. Die deutschen Arbeiter erhielten besseren Lohn als die »Gastarbeiter«, viele kamen zu bescheidenem Wohlstand. Das war die »Auflösung« der Arbeiterklasse – durchaus beabsichtigt. Sozialpartnerschaft hieß nun das schöne Märchen. Wir sitzen doch alle in einem Boot.

Daß dann einige Jahre später Millionen Arbeiter nicht mehr gebraucht und auf's Hartz-IV-Abstellgleis verfrachtet werden, damit der Rest lieber für Billiglohn bis zum Umfallen schuftet und so dafür sorgt, daß der Profit stimmt, gehört zum Programm. Das Klassenbewußtsein ist verschüttet. Noch immer ist die Rede vom Boot, das nun angeblich voll ist.

Ich sage: Laßt Euch nicht gegeneinander ausspielen. Übt Solidarität und werdet Euch endlich Eurer gemeinsamen Kraft bewußt. Ihr braucht Euch nur zu besinnen.

ELISABETH MONSIG, DIE ROTE OMA

Neue Wege in der Friedensethik

Neue Wege in der Kirche? Herbstsynode im Kirchenkreis Barnim.

Der Evangelische Kirchenkreis Barnim setzt sich auf seiner Herbstsynode mit der Frage auseinander, ob und inwieweit es einer neuen Positionierung der Kirche in der Friedensfrage bedarf. Angesichts zunehmender Bedrohungen der Menschen auch in Europa durch Terror und asymmetrische kriegerische Gewaltkonflikte stellt sich diese Frage den Christen vor Ort ganz unmittelbar.

Die aus Theologen und gewählten Vertretern der Kirchengemeinden bestehende Kreis-synode wird am 5. November turnusmäßig zusammenkommen. Die Tagung findet im Saal der Hoffnungstaler Werkstätten GmbH in Biesenthal statt. Sie beginnt um 9 Uhr mit der Einführung von Pfarrer Utz Berlin in die Kreis-pfarrstelle zur besonderen Verfügung.

In das Synodenthema führt danach der Stellvertreter des Landesbischofs und Probst der

Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO), Dr. Christian Stäblein, ein. Im Anschluß daran ist eine ausführliche Diskussion vorgesehen. Zur Vorbereitung dafür werden die Synodalen auf die Friedensdenkschrift der EKD von 1994 »Schritte auf dem Weg des Friedens«, die vom Rat der EKD 2001 vorgelegte Zwischenbilanz »Friedensethik in der Bewährung« sowie den »Karlsruher Aufruf 2015 an die EKD: Gewaltfrei für den Frieden« des Forums Friedensethik der Evangelischen Landeskirche Baden verwiesen.

Da sich die Landessynode der EKBO im nächsten Jahr ebenfalls mit diesem Thema beschäftigt, hat die Kreissynode die Möglichkeit, auf der Grundlage der Diskussion sich zu positionieren und gegebenenfalls dazu auch Anträge zu formulieren.

HARRO SEMMLER

Wandertips

von BERND MÜLLER

Führung durch den Grumsiner Forst

Sonntag, 6. November: Mit dem Förster Tobias Schramm durch das UNESCO Weltnaturerbe Grumsiner Forst (Führung Südvariante), 4 km

Von der französisch reformierten Kirche in Klein Ziehten fahren wir noch gemeinsam ein Stück an den Wald heran. Von Luisenfelde aus wandern wir am Südrand des Totalreservates Grumsiner Forst entlang. Die alten, mächtigen Buchen des größten Tieflandsbuchenwaldes der Welt, seit 2013 UNESCO-Weltnaturerbe, bieten vielen seltenen Arten Unterschlupf und Lebensraum. Seit fünfundzwanzig Jahren wird der Grumsiner Forst nicht mehr bewirtschaftet und so ist er auf dem besten Wege, sich wieder zu einer urwaldartigen Wildnis zu entwickeln. Über die kleine Siedlung Töpferberge geht es zurück durch Felder und Wiesen nach Luisenfelde.

Treff: 13.30 Uhr Französisch-Reformierte Kirche, Dorfstraße, 16247 Zietzen OT Klein Zietzen. Maximal 30 Teilnehmer. Gebühren: Erwachsene 4 €, ermäßigt 2 €.

Es geschah an Sankt Martin...

Sonntag, 13. November: 13. Sagenhafte Wanderung in die Martinsnacht mit weißem Wassernix, Riesenlebensbaum, Kesselmoor und wilden Würsten

In dieser Nacht soll der weiße Wassernix auf dem Baasee erscheinen. Durch das verwunschene Brunnental geht die Wanderung zum Teller. Weiter durch den Wald der 1000 Augen in die dunkle Schlucht am Kesselmoor, wo die Wilde Jagd die Nacht erwartet. Werden die Riesenlebensbäume erreicht, wird es wieder etwas heller. Der Baasee ist erreicht. Am Ilsetempel wird gemeinsam der Sage vom Köhlermädchen Ilse gelauscht. Um den See geht es vor bei an Brandenburgs höchstem Baum zur Waldschänke, wo der Wirt mit Wilden Würsten, Kuchen und anderen Leckereien wartet. Nach einer ausgiebigen Rast geht es auf den Siebenhügelweg vorbei am Wurstbaum zur Köhlerei, wo Kaffee und Kuchen angeboten werden. Gegen 17 Uhr erreichen wir wieder die Fachklinik. Hinweg 6 km/Rückweg 6 km. 3 km/h Wandergeschwindigkeit. Wanderleiter Corinna Gerber / Wolfgang Bülow Organisation Bernd Müller / Lothar Koch

Beginn: 10.30 Uhr Fachklinik Moorbad, Gesundbrunnenstraße 33, 16259 Bad Freienwalde

Wanderung in der Neumark

Sonntag, 20. November: Von Alt Cüstrinchen nach Alt Rüditz, 4,5 km. Treff: 13.30 Uhr, Hotel »Zur Fährbühne«, 16259 Hohenwutzen

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgenden Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 2,50 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Ausstellung zu Fritz Müller

Lernen Sie den Biologen FRITZ MÜLLER, der von Charles Darwin als »Fürst der Beobachter« und von Ernst Haeckel als »Held der Wissenschaft« bezeichnet wurde, sein Leben und Wirken näher kennen. Vom 7. November 2016 bis zum 31. Januar 2017 gastiert eine Ausstellung über den bedeutenden Naturforscher des 19. Jahrhunderts an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Zur Eröffnung am 7. November, 14 Uhr, hält Frau DR. SCHMIDT-LOSKE vom Zoologischen Forschungsmuseum Alexander Koenig in Bonn in der Neuen Forstakademie (Stadtcampus, H 5, Foyer) einen Gastvortrag. **STEFANIE SCHULZE**

Schwank mit Heinz & Heinz

»Zwei Genies am Rande des Wahnsins«, HEINZ BEHRENS und HEINZ RENNHACK, machen sich zum Heinz. In der grotesken Geschichte der Woensner Brothers treffen sich unter der Regie von Sebastian Wirtzner

Zwei verkrachte Gestalten – ein neurotischer Komiker in Geldnot und ein ehemaliger Staatsschauspieler – treffen sich auf einer Probestühne... Ein fröhliches Durcheinander geschliffener Wortspiele, skuriler Situationskomik, amüsanter Anspielungen auf das aktuelle Geschehen.

11. November, 19 Uhr, in der Stadthalle (Hufeisenfabrik) im Familiengarten Eberswalde. Tickets gibt es in der Tourist-Information im Familiengarten (03334/384910) und bei www.eventim.de. **MARIO BEHNKE**

Buchtip:



Das Buch gibt es bei der BARNIMER BÜRGERPOST (Tel. 03334/356542, eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de) und in ausgewählten Eberswalder Buchläden.

Öffentliche Rentensprechstunde

Rentenempfänger erhalten an jedem zweiten Mittwoch im Monat Hilfe von der Brandenburgischen Renteninitiative beim Lesen ihrer Rentenbescheide und dem Formulieren von Widersprüchen. Die nächste Sprechstunde ist am 9. November, 10-12 Uhr, bei der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

Gedenken an Pogrome

Eberswalde (prest-ew). Am 9. November vor 78 Jahren wurde die Eberswalder Synagoge während der Pogromnacht zerstört. Zum Gedenken an die Opfer dieses menschenverachtenden Aktes sowie des Holocausts rufen die Stadt Eberswalde und der Ökumenische Arbeitskreis zu einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung auf. Treffpunkt ist am Mittwoch, dem 9. November 2016, um 18 Uhr, der Gedenkort »Wachsen mit Erinnerung« in der Eberswalder Goethestraße.

Begleitet wird die Gedenkveranstaltung durch das Ensemble »Shoshana«. Gemeinsam mit der Violinistin Svitlana Yudelevych gibt das Ensemble anschließend ab 19 Uhr ein Konzert in der Bethelkapelle der evangelisch-freikirchlichen Gemeinde in der Goethestraße.

Bernau (bbp). Am 9. November lädt das Bernauer Netzwerk für Weltoffenheit um 18 Uhr zu einer Gedenkveranstaltung auf den Bernauer Marktplatz ein. Anlaß für das Gedenken sind der Jahrestag der Pogromnacht vom 9. November 1938 und die Verbrechen, die an den jüdischen Menschen Europas verübt wurden. Vom Marktplatz aus geht es dann zu den Stolpersteinen in der Bürgermeisterstraße.

Zum Abschluß des Gedenkens ist in der dortigen Galerie, »Adressat unbekannt« von Kressmann Taylor zu hören. Der als Briefwechsel von November 1932 bis März 1934 zwischen einem Deutschen und einem amerikanischen Juden gestaltete Text wurde erstmals 1938 veröffentlicht. Es lesen Isabella Jahns und Luise Rebs. Der Eintritt ist frei.

Ehrenamtliche Bibliothek im »Bahnhofstreff«:
»Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586

www.barnimer-buergerpost.de

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 28. Oktober 2016

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 30. November 2016.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)